



DEM WISSEN EIN

ZUHAUSE GEBEN.

2. LANDESKONGRESS 2020

HYGIENEKONZEPT

Liebe JuLis,

aufgrund der noch immer andauernden Coronapandemie werden wir bei diesem Landeskongress umfassende Hygienemaßnahmen ergreifen, um eine weitere Verbreitung des Virus zu verhindern. Der Landesvorstand hat hierzu ein **umfassendes Hygienekonzept** erarbeitet. Bitte beachtet die folgenden Hinweise und haltet die Regeln zu jedem Zeitpunkt ein, um euch selbst und andere zu schützen. Um genauer planen zu können, bitten wir euch dieses Mal auch im Vorfeld des Kongresses unter diesem [Link](#) anzumelden. Eine Anmeldung ist jedoch keine Voraussetzung um teilnehmen zu können.

1. Solltet ihr **Symptome aufweisen**, die auf eine aktuelle Infektion mit dem Coronavirus hindeuten oder eine **hohe Infektionsgefahr** durch die Corona Warn App angezeigt bekommen bitten wir euch, **nicht an dem Kongress teilzunehmen**. Sofern ihr Anträge stellen oder für Positionen kandidieren wollt, könnt ihr dies vorab dem Landesvorstand mitteilen. Dieser wird die Anträge dann advokatisch einbringen bzw. euch vorschlagen.
2. Wir wollen zu jedem Zeitpunkt die empfohlenen **Mindestabstände von 1,50 m** einhalten. Um eine zu große Schlangenbildung zu vermeiden, bitten wir euch wenn möglich bereits **ab 17:15 Uhr an der Tagungslocation einzutreffen**. Bitte beachtet die auf dem Boden befindlichen Abstandsmarkierungen.
3. Allen Teilnehmern werden wir feste Platznummern zuweisen, um im Fall der Fälle Infektionsketten nachvollziehen zu können. Bitte haltet euch an die euch zugewiesenen Plätze und setzt euch nicht eigenständig um. Alle angemeldeten Mitglieder eines Bezirkes versuchen wir, wenn möglich gemeinsam zu platzieren. Nutzt daher bitte unbedingt die **Anmeldung!**
4. Bitte tragt während des **gesamten Kongresses**, wenn ihr euch nicht an eurem Platz befindet oder zum Plenum sprecht, sowie beim Einsammeln der Stimmzettel, eine **Mund-Nasen-Bedeckung**. Solltet ihr keine haben, könnt ihr bei uns eine zum Selbstkostenpreis erwerben. Benutzt bitte auch regelmäßig die bereitstehenden Desinfektionsstände. Haltet bitte zu jeder Zeit den Mindestabstand von 1,50 m ein.
5. Um für eine ausreichende Durchlüftung sorgen zu können, werden wir maximal 3h am Stück tagen. Zu diesem Zweck werden wir am Samstag zwischen 13 Uhr und 14:30 Uhr eine Mittagspause einlegen. Bitte verlasst in dieser Zeit den Tagungsraum. Ihr könnt euch in der Nähe der Tagungslocation mit Essen versorgen. Aus Hygienegründen können wir dieses Mal leider **kein gemeinsames Essen** organisieren.
6. Wir empfehlen euch dringend die **Corona Warn-App zu installieren** und während des gesamten Wochenendes zu aktivieren, um ggf. Infektionsketten nachverfolgen zu können.

Seite 3

7. Bitte beachtet, dass das Präsidium die **Einhaltung der Regeln streng durchsetzen** wird. Verstöße werden zum Schutz aller durch Ordnungsmaßnahmen geahndet. Diese können im Extremfall mit dem **Ausschluss von dem Kongress** enden.

Bei Fragen vor oder während des Kongresses könnt ihr euch jederzeit an Julian und den gesamten Landesvorstand wenden. Wir hoffen mit diesen Maßnahmen unter den schwierigen Umständen dennoch einen Landeskongress durchführen zu können; ohne eine erhebliche Infektionsgefahr zu riskieren.

TAGESORDNUNG ZUM 2. LANDESKONGRESS 2020

Ort: blu:boks BERLIN, Paul-Zobel-Straße 9, 10367 Berlin-Lichtenberg

FREITAG, 3. Juli 2020

Einlass ab 17:15 Uhr, Beginn des Kongresses **pünktlich** um 18 Uhr

- TOP 01** Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden der JuLis Berlin
- TOP 02** Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 03** Wahl eines Tagungspräsidiums
- TOP 04** Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 05** Wahl einer Zählkommission
- TOP 06** Berichte
 - a) des Landesvorsitzenden
 - b) des Landesschatzmeisters
 - c) der Kassenprüfer
 - d) der Ombudsmitglieder
- TOP 07** Aussprache
- TOP 08** Grußworte
- TOP 09** Nachwahl eines Beisitzers/einer Beisitzerin in den Landesvorstand
- TOP 10** Wahl des Landesschiedsgerichts (1 Vorsitzender und 2 Stellvertreter/innen, jeweils in Einzelwahlgängen)
- TOP 11** Anträge zur Änderung der Landessatzung
- TOP 12** Wahlen der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundeskongress der Jungen Liberalen

Unterbrechung des Kongresses um 21:00 Uhr

SAMSTAG, 4. Juli 2020

Fortsetzung des Kongresses um 10:00 Uhr

- TOP 13** Antragsberatung

Unterbrechung des Kongresses um 13 Uhr.

Fortsetzung um 14:30 Uhr.

- TOP 14** Schlusswort des Landesvorsitzenden um 17:30 Uhr

Ende des Kongresses

KONGRESSLEITFADEN

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin – deshalb trau dich und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

Anträge

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt. Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der ersten Lesung begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine Generaldebatte statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können. In der zweiten Lesung können Änderungsanträge zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das Heben der Stimmkarte, seltener auch schriftlich. Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die dritte Lesung übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die Schlussabstimmung: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

Wahlen

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wählbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

Wortbeiträge

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen. Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine Pro-Liste mit Personen, die für den Antrag reden möchten, sowie eine Contra-Liste mit Leuten, die dagegensprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „Daumen hoch“ (Pro) oder „Daumen runter“ (Contra).

Seite 6

Zwischenfragen

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, inhaltliche Zwischenfragen zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden.

Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, inhaltliche Verständnisfragen zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

Geschäftsordnungsanträge

Geschäftsordnungsanträge (kurz: GO-Anträge) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BuKos unter julius.de. Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das Ausstrecken beider Arme. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

AWARENESS-LEITFADEN

Liebe JuLis,

mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daran setzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihrer Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- jemand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines Anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihrer Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

INHALTSVERZEICHNIS

Leitanträge	
L001	Berlin – eine Stadt, die Wissen schafft Landesvorstand der JuLis Berlin
Sachanträge	
001	Keine Großkraftwerke ist auch keine Lösung Tobias Bergmann, Friedrich Ohnesorge, Sina Montazeri, Fabian Pfeil, Oskar Pschyrembel, Vincent Mürau, Gregor Habbel, Natalie Sapir, Jonathan Weber, Sören Grawert, Alexander Bibi, Lucas Engelhardt, Alexey Smachtin
002	Wettbewerbsnachteil beheben – Lehrerberuf in Berlin attraktiver gestalten Johannes Dallheimer, Dominik Znanewitz, Fabian Pfeil
003	Berliner Bildung ein Update verpassen Landesfachausschuss für Bildung und Digitalisierung
004	Gott ist tot! – Für eine säkulare und weltanschaulich neutrale Gesellschaft Junge Liberale Berlin-Mitte
005	Austritt der Türkei aus der NATO Junge Liberale Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau
006	Kreuzchen setzen: Organspender sein! Junge Liberale Nordberlin
007	Selbstbestimmt in wirklich allen Lebenslagen Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
008	Kein Zwangsticket für Berlin! Junge Liberale Steglitz-Zehlendorf
009	Recht auf Anonymität auch auf Versammlungen – Vermummungsverbot abschaffen! JuLis Mitte
010	Gewalt ein Ende setzen – Hilfsangebote verbessern! JuLis Mitte
011	Bright Up the Streets Junge Liberale Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln, Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg
012	Update Hermannplatz Junge Liberale Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln
013	Diskriminierung effektiv bekämpfen – Fronten nicht durch LADG verschärfen Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg
014	Obdach- und Wohnungslose in Zeiten von Corona nicht vergessen Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg
015	Corona – Exit-Strategie in die Freiheit LFA Europa, Bürgerrechte und Innen
016	Durchstarten mit einer neuen Weltraumpolitik. Roman-Francesco Rogat, Timo Bergemann
017	Aufarbeitung der Geschichte von LDPD und NDPD Timo Bergemann
Satzungsänderungsanträge	
SÄ001	Digitaler Landeskongress Landesvorstand

Antrag L001

Betr.: Berlin - eine Stadt, die Wissen schafft

Antragsteller: Landesvorstand der JuLis Berlin

1 **Berlin - eine Stadt, die Wissen schafft**

2 Berlin zählt mit seinen elf staatlichen, zwei konfessionellen und rund 30 staatlich
3 anerkannten Hochschulen nicht nur zum größten Wissenschaftsstandort in
4 Deutschland, sondern auch zu einer der größten Wissenschaftsregionen in Euro-
5 pa. August Borsig, Werner Siemens und Emil Rathenau sind nur Beispiele von
6 Gründern, die in Berlin Fortschritt und technologische Entwicklungen maßgeblich
7 vorangetrieben haben. Wir Junge Liberale Berlin stehen seit jeher für Fortschritt
8 und Erfolg durch Forschung und Innovation. Deshalb ist es uns ein besonderes
9 Anliegen, Berlin zur weltweit besten Wissenschaftsregion auszubauen und uns
10 besonders für die Hochschulforschung einzusetzen.

11 **Wissenschaftsregion Berlin**

12 2018 haben sich die Freie Universität Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin,
13 Technische Universität Berlin und Charité – Universitätsmedizin Berlin zur Berlin
14 University Alliance (BUA) zusammengetan. Ziel ist es, „Berlin zu einem integrierten
15 Forschungsraum und zum führenden Wissenschaftsstandort in Europa aus-
16 zugestalten“. Das Land Berlin fördert die BUA im Jahr 2020 mit 1,546 Mio. Euro.
17 Hintergrund des Zusammenschlusses ist ein Austausch von Informationen zu ge-
18 meinsamen Forschungen untereinander sowie durch eine Clusterbildung die Ge-
19 winnung von Fördergeldern aus Landes-, Bundes- und EU-Töpfen. Die Jungen
20 Liberalen Berlin begrüßen diesen Zusammenschluss und fordern die Intensivie-
21 rung und den Ausbau des wissenschaftlichen Austausches zwischen den Berli-
22 ner Hochschulen und Forschungsinstituten. Wir sehen die Zusammenarbeit in
23 gemeinsamen Clustern als effektives Mittel, den Forschungsstandort Berlin zu
24 stärken und internationales Ansehen zu erlangen. Hierbei sollte nicht nur der Fo-
25 kus auf die Bereitstellung von Fördergeldern, sondern auf den Wissensaustausch
26 und Kooperation in der gemeinsamen Forschung gelegt werden. Darüber hinaus
27 fordern die Jungen Liberalen Berlin, dass sich auch weitere staatliche Berliner
28 Hochschulen zu solchen Allianzen zusammenschließen. Der Berliner Senat soll
29 dies im Rahmen der Bereitstellung von Haushaltsgeldern honorieren. Wir sind
30 überzeugt, dass das richtige Maß aus Wettbewerb und Kooperation den Wissen-
31 schäftsstandort Berlin langfristig sichert und die globale Reputation dessen aus-
32 baut. Deshalb begrüßen wir die bereits zahlreichen Wissenschaftskooperationen
33 im In- und Ausland und streben eine weitere Intensivierung dieser an.

34 Wir begrüßen die durch die Senatsfraktionen SPD, LINKE und B'90/Die Grünen
35 endlich initiierte Änderung des Berliner Hochschulgesetzes zugunsten einer ver-
36 stärkten Zusammenarbeit der Berliner Hochschulen untereinander sowie mit au-
37 ßeruniversitären Forschungseinrichtungen.

38 Finanzmittelausstattung

39 Unsere Hochschulen sind das pulsierende Herz des deutschen Wissenschafts-
40 systems. Die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Forschung hängt daher maßgeb-
41 lich von einer guten Finanzierung dieser Institutionen ab. Als Träger der Hoch-
42 schulen ist dafür v. a. das Land Berlin zuständig, das seiner Verpflichtung in der
43 Vergangenheit jedoch nicht ausreichend nachgekommen ist. Stattdessen stieg
44 die Beteiligung des Bundes in der Vergangenheit immer weiter an – hauptsäch-
45 lich in Form befristeter Dritt- oder Projektmittel.

46 Wir möchten es den Hochschulen ermöglichen, durch gutes Finanzmanagement
47 ein hohes Maß der Einkommensstabilität zu erreichen. Hierdurch können gleich-
48 zeitig Investitionen getätigt und sich kurzfristig bietende Innovationsmöglichkeiten
49 ausgenutzt werden. Hochschulen müssen zudem von einem verantwortungsvol-
50 len Umgang mit den eigenen Ressourcen profitieren können. Nur so lässt sich
51 ein dynamisches finanzielles Umfeld herstellen. Um das zu erreichen, fordern
52 wir:

53 Alternative 1

54 • es den staatlichen Universitäten und Fachhochschulen durch eine Ände-
55 rung des Berliner Hochschulgesetzes (BerLHG) zu ermöglichen, einen Stu-
56 dienbeitrag von ihren Studenten zu erheben. Die Höhe dieses Beitrages
57 soll 500 Euro je Semester nicht überschreiten. Die Studenten sollen dabei
58 selbst entscheiden, ob sie die damit verbundenen Kosten direkt begleichen
59 oder nachgelagert tilgen möchten. Die KfW soll dabei die nachgelagerte
60 Tilgung über umgekehrte Generationenverträge ermöglichen. Dessen Rück-
61 zahlung soll erst ab einem gewissen Bruttoeinkommen obligatorisch wer-
62 den. Hiervon sollen auch Studenten in Berlins privaten Fachhochschulen
63 Gebrauch machen können.

64 Alternative 2

65 • die Abschaffung der Studiengebühren langfristig beizubehalten – nur so
66 kann dem Gebot der Bildungsgerechtigkeit entsprochen werden. Die Finan-
67 zierung der Hochschulen hat daher ausschließlich durch das Land Berlin
68 und den Bund zu erfolgen.

69 • Wir begrüßen, dass sich der Bund in der Vergangenheit zunehmend an
70 der Finanzierung der Forschungsförderung beteiligt hat. Institutionen wie
71 die Deutsche Forschungsgemeinschaft und Projekte wie die Exzellenzstra-
72 tegie sollten langfristig fortgesetzt werden. Bei deren Weiterentwicklung ist
73 darauf zu achten, dass Mittel insbesondere zugunsten von Jungwissen-
74 schaftlern bereitgestellt werden. Gerade Fördermaßnahmen, die aufstrebende
75 Wissenschaftler mit ihnen zugeteilten Projektmitteln ausstatten, betrachten
76 wir hierbei als vielversprechend.

77 Alternative 1

78 • Vor diesem Hintergrund darf das Land Berlin aber keinesfalls das eigene
79 Engagement an der Hochschulfinanzierung reduzieren und sollte das be-

Seite 11

80 reits bestehende Ausgabenniveau im Verhältnis zum Gesamthaushalt mit-
81 telfristig stabilisieren.

82 **Alternative 2**

83 • Vor diesem Hintergrund darf das Land Berlin aber keinesfalls das eigene
84 Engagement an der Hochschulfinanzierung reduzieren und sollte das be-
85 reits bestehende Ausgabenniveau im Verhältnis zum Gesamthaushalt signi-
86 fikant ausweiten.

87 **Wissenschaft als Beruf**

88 Die Leistungsfähigkeit des Technologie-, Forschungs- und Ausbildungsstandorts
89 Berlin hängt maßgeblich von der Effektivität seines Wissenschaftssystems ab.
90 Wir möchten Rahmenbedingungen schaffen, die es den Universitäten und Fach-
91 hochschulen ermöglichen, ein modernes und flexibles Personalentwicklungskon-
92 zept aufzustellen. Einerseits müssen dabei kurzfristige Rekrutierungsmöglichkei-
93 ten zugestanden werden, andererseits sollten für langfristige Aufgaben auch Mit-
94 tel bereitstehen, die unbefristete Personalentscheidungen ermöglichen. Unser
95 Ziel ist es, gemeinsam mit den Hochschulen sicherzustellen, dass sich Wissen-
96 schaftler in einem beruflichen Umfeld wiederfinden, das deren hohe Qualifikation
97 hinreichend honoriert und Planungssicherheit bietet. Andersherum wollen wir ei-
98 nen niedrigschwelligen Einstieg in die akademische Laufbahn ermöglichen, wofür
99 wir insbesondere Anstellungsmöglichkeiten als Studentische Hilfskräfte ausbauen
100 möchten.

101 Große Teile der damit verbundenen Verantwortung liegen bei den Hochschulen
102 selbst. Diese sollten die Verstetigung und Ausweitung ihrer Finanzierung nutzen,
103 um hiermit ihre rege Befristungspraxis einzuschränken. Sie sollten dazu überge-
104 hen, große Teile der zu besetzenden Professuren mittels Tenure Track auszu-
105 schreiben. Darüber hinaus sollte bei der Personalauswahl unabhängig von der
106 Statusgruppe strikt das Mehraugenprinzip gelten. Weiterhin fordern wir:

- 107 • die Alternativen zu Karrieren mit dem Ziel Professur auszubauen. Hierzu
108 muss die im BerlHG definierte Personalkategorie des Wissenschaftlichen
109 Mitarbeiters vom Senat auf ihre Funktionalität hin geprüft und ggf. erweitert
110 werden. Das BerlHG sollte möglichst Graduierungen nach Tätigkeitsbereich
111 vorsehen und verschiedene Aufstiegsoptionen ermöglichen.
- 112 • Die Entwicklung, dass einzelne Fakultäten mit dem Gedanken spielen, die
113 bestehende Lehrstuhlstruktur – bei der wissenschaftliche Angestellte, Räu-
114 me und andere Ressourcen einer Fakultät weitgehend einzelnen Ordinarien
115 zugerechnet und von diesen dienstrechtlich verwaltet werden – durch eine
116 Departmentstruktur mit eigenen Personalbudgets zu ersetzen, begrüßen
117 wir. Dahingehend politischen Druck auszuüben, lehnen wir jedoch ab.
- 118 • Wir schließen uns der Forderung der FDP-Bundestagfraktion an, endlich
119 das deutsche Kapazitätsrecht zu reformieren.
- 120 • Von der FDP erwarten wir darüber hinaus, sich für eine Überarbeitung des
121 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes einzusetzen. Insbesondere die sog.
122 12-Jahres-Regel muss schnellstmöglich abgeschafft werden.

Seite 12

123 **Alternative 1**

- 124 • Die Verbeamtung von Professoren oder Wissenschaftlichen Mitarbeitern ist
125 zu beenden. Langfristig werden hierdurch Mittel frei, die ausgabenneutral
126 zur Ausweitung der durch das Land Berlin gesicherten Grundfinanzierung
127 genutzt werden können.

128 **Alternative 2**

- 129 • Langfristig sollte die Verbeamtung von Professoren oder Wissenschaftli-
130 chen Mitarbeitern zwar abgeschafft werden, kurzfristig würde dem Land
131 Berlin hierdurch aber ein signifikanter Wettbewerbsnachteil entstehen. Wir
132 fordern daher den Senat auf, sich für eine bundesweite Initiative zur
133 deutschlandweiten Abschaffung der Verbeamtung von Professoren oder
134 Wissenschaftlichen Mitarbeitern einzusetzen. Hierdurch freiwerdende Mittel
135 sollen ausgabenneutral zur Ausweitung der durch das Land Berlin gesi-
136 cherten Grundfinanzierung genutzt werden.

137 **Alternative 3**

- 138 • Die Verbeamtung von Professoren oder Wissenschaftlichen Mitarbeitern ist
139 ein wichtiger Wettbewerbsvorteil des deutschen Forschungsstandorts, den
140 wir langfristig erhalten möchten.
- 141 • § 121 des Berliner Hochschulgesetzes ist überdies dahingehend zu über-
142 arbeiten, dass den Hochschulen die Einstellung von studentischen Hilfs-
143 kräften zukünftig auch für die Verwaltung von Bibliotheken, die Koordinati-
144 on mit der Studentenschaft und die studentische Studienberatung gestattet
145 wird.

146 **Wissenschaftstransfer**

147 Wissenschaft und die damit verbundene Suche nach Fortschritt ist Grundlage
148 für eine technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung.
149 Damit die Resultate der wissenschaftlichen Erkenntnis bestmöglich der Gesell-
150 schaft als Ganzes zugutekommen, bedarf es der richtigen Strukturen, um den
151 Erkenntnistransfer von Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft zu ermögli-
152 chen.

153 **Stiftungsprofessuren**

154 Grundsätzlich begrüßen wir die vermehrte Einrichtung von Stiftungsprofessuren.
155 Die Einrichtung dieser dient in erster Linie nicht der Einwerbung von Drittmitteln,
156 sondern der Anschubfinanzierung innovativer Fach- und Forschungsgebiete. Stif-
157 tungsprofessuren helfen den Universitäten somit bei der Profilbildung und bei der
158 Suche nach wirtschaftlich und gesellschaftlich relevanten Forschungsfeldern. In
159 Berlin erleben wir viele Positivbeispiele der erfolgreichen Implementation dieser.

160 Um die Unabhängigkeit der Forschung zu garantieren, muss die Finanzierung
161 dieser Stellen jedoch zeitlich begrenzt bleiben und so transparent wie möglich
162 gestaltet werden. Wir sind der Überzeugung, dass eine starke Universität ihr wis-

Seite 13

163 wissenschaftliches Personal vor unlauterer Einflussnahme von Drittmittelgebern
164 schützen kann und muss. Das bedeutet auch, dass wir eine Einschränkung der
165 Forschungs- und Publikationstätigkeit durch den Drittmittelgeber ablehnen.

166 **Wissenschaftliche Beratung der Wirtschaft**

167 Damit wissenschaftliche Resultate schnelle Implementation in der Wirtschaft,
168 insbesondere im Technologiesektor, finden, müssen viele Kommunikationskanäle
169 zwischen der Wirtschaft und der Wissenschaft bestehen. Eine mögliche Form
170 dieser Zusammenarbeit sehen wir in der Nebentätigkeit von wissenschaftlichem
171 Personal bspw. durch wissenschaftliche Beratung in der freien Wirtschaft. Ne-
172 bentätigkeiten von wissenschaftlichem Personal bedürfen meistens jedoch einer
173 eigenen Genehmigung. Deshalb fordern wir eine Anhebung des Höchstsatzes
174 für allgemein genehmigte Nebentätigkeiten von derzeit monatlichen 51 EUR. So-
175 mit entsteht ein Rechtsanspruch auf die Genehmigung von Nebentätigkeiten in
176 zeitlich und finanziell begrenztem Umfang. Gleichzeitig fordern wir eine aufmerk-
177 samere Kontrolle der Nebentätigkeit durch die Selbstverwaltung der Universität.
178 Zeitlich unverhältnismäßige Nebentätigkeiten belasten den Steuerzahler, die Uni-
179 versität und das Wissenschaftsökosystem gleichermaßen.

180 **Lizenzen**

181 Zwischen wissenschaftlichem Resultat und einem marktreifen Produkt oder
182 Dienstleistung liegt noch ein hürdenreicher Weg, der oft nur von hochausgebilde-
183 ten Fachkräften überwunden werden kann. Wir sehen die Beteiligung von Wis-
184 senschaftlern an den von ihnen entwickelten Patenten als eine gute Möglichkeit,
185 diese Hürde zu überbrücken. Durch die Vergabe von Lizenzen durch die Univer-
186 sität entsteht somit ein Anreiz zur Entwicklung von marktreifen Innovationen aus
187 der Forschung heraus. Gleichzeitig muss es Wissenschaftlern erleichtert werden,
188 auf Basis ihrer Forschung selbst unternehmerisch tätig zu werden, anstatt diese
189 an Externe zu lizenzieren.

190 Um den Anreiz für Wissenschaftler, aus ihren Ergebnissen patentreife Verfah-
191 ren und Produkte zu entwickeln, zu erhöhen, möchten wir sie noch stärker an
192 der Vergabe von Lizenzen beteiligen. Dazu wollen wir den Vergütungsanteil des
193 Erfinders im Arbeitnehmererfindungsgesetz (§ 42.4 ArbNErfG) auf 40 % erhö-
194 hen.

195 **Ausgründungen**

196 Wir begrüßen die Entwicklung und Entstehung von Gründerzentren an nahezu
197 allen Hochschulen in Berlin. Berlin ist der größte Standort für Start-ups und jun-
198 ge Unternehmen in Deutschland geworden. Rückgrat dieser Entwicklung ist nicht
199 zuletzt die Exzellenz des hiesigen Wissenschaftsökosystems. Auf Basis dieser
200 Erfahrung sehen wir die zentralen Aufgaben der Gründerzentren in:

- 201 • der Bereitstellung von Räumlichkeiten und technischer Infrastruktur als
202 „Anschubfinanzierung“, insbesondere für technologieintensive Start-ups,

Seite 14

- 203 • der Vernetzung mit anderen Akteuren der Wirtschaft, Wissenschaft und
204 potenziellen Kunden,
205 • der Vermittlung betriebswirtschaftlicher Kenntnisse,
206 • der Unterstützung bei der Überwindung von bürokratischen Hürden und
207 Genehmigungsverfahren. Dies gilt insbesondere für Zulassungen neuer
208 Produkte und Verfahren. Hierfür könnte vor allem an forschungsstarken
209 Hochschulen eine sinnvolle Bündelung von Know-how stattfinden.

210 Wir sind überzeugt, dass sich die Gründerzentren an forschungsstarken Univer-
211 sitäten vor allem komplementär zu privatwirtschaftlichen Angeboten aufstellen
212 sollten, um das Potenzial des Berliner Ökosystems voll auszuschöpfen. Auch ei-
213 ne Bündelung der Inkubatoren und Gründerzentren an Hochschulen und Wissen-
214 schaftseinrichtungen könnte zu einem verbesserten Dienstleistungsangebot bei
215 höherer Effizienz führen.

216 Um auch praktizierenden Wissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, aus ihren
217 Forschungsergebnissen eine marktreife Innovation zu entwickeln, fordern wir die
218 Möglichkeit eines zweckgebundenen Sabbaticals für diese Wissenschaftler einzu-
219 richten. Als Möglichkeit sehen wir eine Ergänzung der Freistellung zur Unterneh-
220 mensgründung in der Berliner Hochschulurlaubsverordnung (HUrIVO). Diese soll
221 auf wenige Jahre begrenzt werden mit stückweisem Übergang zurück in die wis-
222 senschaftliche Tätigkeit.

223 Hochschulbeteiligungen

224 **Alternative 1**

225 Hochschulbeteiligungen sehen wir grundsätzlich kritisch. Sie übersteigen die
226 Rolle der Hochschulen und stellen eine maßgebliche, ungerechtfertigte Wirt-
227 schaftssubvention dar. In Hochschulen fehlen die Strukturen, um als verantwortli-
228 cher Investor in junge Unternehmen zu investieren. Die Rolle der Hochschulen
229 sollte deshalb allein in der Bereitstellung von Gründerzentren und der wissen-
230 schaftlichen Beratung liegen.

231 **Alternative 2**

232 Hochschulbeteiligungen finden wir grundsätzlich gut. Wir sehen die Selbstbe-
233 stimmung der Hochschulen als ausreichend, um der Rolle als Investor gerecht zu
234 werden. Von Hochschulbeteiligungen profitieren Hochschulen und Start-ups glei-
235 chermaßen.

236 **Alternative 3**

237 Hochschulbeteiligungen sehen wir grundsätzlich kritisch. Sie übersteigen die
238 Rolle der Hochschulen und stellen eine maßgebliche, ungerechtfertigte Wirt-
239 schaftssubvention dar. In Hochschulen fehlen meist die Strukturen, um als ver-
240 antwortlicher Investor in junge Unternehmen zu investieren. Die Rolle der Hoch-
241 schulen sollte deshalb maßgeblich in der Bereitstellung von Gründerzentren und
242 der wissenschaftlichen Beratung liegen. Hochschulbeteiligungen können jedoch
243 in Ausnahmefällen gerechtfertigt sein. Ein solcher Ausnahmefall liegt vor, wenn

Seite 15

244 für den Erfolg bzw. die Gründung eines Start-ups die Inanspruchnahme von Li-
245 zenzen oder Patenten im Besitz der Universität notwendig ist. Wenn innerhalb ei-
246 nes gewissen Zeitraums kein zahlungsbereiter Lizenznehmer gefunden werden
247 kann, sollen Hochschulen durch bilaterale Verträge diese Lizenzen an Start-ups
248 vergeben, z. B. durch Gebühren- oder Gewinnbeteiligungen. Dies soll durch ei-
249 nen Rechtsanspruch gesichert werden. Eine Beteiligung der Hochschulen durch
250 Eigenkapital lehnen wir grundsätzlich ab.

251 **Gründungsstipendien für Wissenschaftler**

252 Wir begrüßen die Einführung der Exist-Gründerstipendien für Studenten sowie
253 Wissenschaftler aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtun-
254 gen. Um den Wissenschaftstransfer noch stärker zu fördern, fordern wir die Er-
255 höhung der Anzahl der Stipendien.

256 Darüber hinaus fordern wir die Ausweitung von Berliner Gründungsstipendien.
257 Diese fördern den Wissenschafts- und Start-up-Standort Berlin im Speziellen und
258 binden junge Unternehmen an hiesige Inkubatoren und das wissenschaftliche
259 Ökosystem. Im Rahmen dessen begrüßen wir das Berliner Start-up-Stipendium
260 und fordern eine Ausweitung der dafür aufgewendeten finanziellen Mittel.

261 **Selbstbestimmung der Hochschulen**

262 Damit Hochschulen ein Ort der wissenschaftlichen Erkenntnisfindung und des
263 Fortschritts sein können, sind eine weitgehende Selbstverwaltung und eine voll-
264 ständige Autonomie in der wissenschaftlichen Ausrichtung dieser maßgeblich. Im
265 Rahmen dieser Autonomie halten wir an öffentlichen Hochschulen eine Beteili-
266 gung der Studenten an den Entscheidungsprozessen der Universität für notwen-
267 dig. Mitbestimmung darf jedoch nicht als gleichwertige Stimmkraft in jedem Gre-
268 mium missverstanden werden. Wenn falsch verstandene Mitbestimmung zur
269 Lähmung der universitären Entscheidungsprozesse führt, dann steht sie ihrem ei-
270 gentlichen Ziel im Weg. Wir streben eine unternehmerische und handlungsfähige
271 Universität mit starken Exekutivorganen an. Deswegen sprechen wir uns für die
272 Beibehaltung der derzeitigen Zusammensetzung der Akademischen Senate und
273 der Konzile sowie für eine darüber hinaus gehende selbstbestimmte Ausgestal-
274 tung der Gremien der jeweiligen Hochschule aus. Politische Einflussnahme auf
275 die Zusammensetzung nicht-gesetzlich konstituierter Gremien lehnen wir dezidiert
276 ab.

277 Die vom Senat eingesetzte AG Demokratische Hochschule sehen wir deshalb
278 kritisch. Sie hat nicht zu einer Kompromissbildung, sondern zu einer Vertiefung
279 der Konflikte zwischen diversen Interessensgruppen den Universitäten geführt
280 und konnte keine innovativen Vorschläge zur Mitbestimmung an Universitäten
281 bieten. Zu den im Abschlussbericht der AG Demokratische Hochschule gemach-
282 ten Vorschlägen im BerlHG stehen wir wie folgt:

283 • Eine Ergänzung in § 44 BerlHG zu den Informationsrechten der Gremien-
284 mitglieder sehen wir kritisch. Die derzeitigen Regelungen zur Transparenz

Seite 16

285 in der Selbstverwaltung der Hochschulen halten wir für hinreichend. Gleich-
286 zeitig darf die Handlungsfähigkeit der Leitung nicht gefährdet werden.

287 • Die Eröffnung der Teilnahme an Wahlen für Selbstverwaltungsgremien für
288 Auszubildende teilen wir.

289 • Die Aufhebung der Einschränkung des Stimmrechts von Mitgliedern der
290 Gruppe des sogenannten wissenschaftsunterstützenden Personals lehnen
291 wir ab. Wir sind der Überzeugung, dass ausschließlich das Personal an der
292 Ausrichtung der Forschung beteiligt werden sollte, das unmittelbar und mit-
293 telbar von dieser Ausrichtung betroffen ist.

294 **Zivilklausel**

295 Auch die Entscheidung für oder gegen eine Zivilklausel und somit die Ableh-
296 nung militärisch finanzierter Forschung ist Teil des Selbstbildes der Universitäten
297 und fällt in deren autonomen Entscheidungsbereich. Eine Verankerung der Zivil-
298 klausel im Hochschulgesetz lehnen wir deswegen ab.

Antrag 001

Betr.: Keine Großkraftwerke ist auch keine Lösung

Antragsteller: Tobias Bergmann, Friedrich Ohnesorge, Sina Montazeri, Fabian Pfeil, Oskar Pschyrembel, Vincent Müräu, Gregor Habel, Natalie Sapir, Jonathan Weber, Sören Grawert, Alexander Bibi, Lucas Engelhardt, Alexey Smachtin

1 Keine Großkraftwerke ist auch keine Lösung

2 Energieversorgung an fast jedem Ort und zu jeder Zeit. Diese Leistung des
3 Stromnetzes ist eine der wichtigsten technischen Errungenschaften in unserer
4 Gesellschaft. Angefangen mit einzelnen Inselnetzen Ende des 19. Jahrhunderts
5 ist bis heute ein europäisches Verbundnetz herangereift, welches weltweit mit als
6 das stabilste und zuverlässigste auf der gesamten Welt angesehen wird. Es bil-
7 det die unerlässliche Grundlage für den wirtschaftlichen, technologischen und
8 sozialen Fortschritt. Dieses Netz basiert historisch und zum Großteil bis heute
9 auf lastnahen Heizkraftwerken, die einen stabilen Netzbetrieb gewährleisten.

10 Die Jungen Liberalen Berlin begrüßen, dass im Zuge des Emissionszertifikate-
11 handels die Bedeutung der Kohlekraft im Energiebereich zurückgeht und erneuer-
12 bare Energien immer mehr an Bedeutung gewinnen. Auch wenn es technische
13 Entwicklungen gibt, die direkt mit dem Netz gekoppelte Großkraftwerke mehr und
14 mehr ersetzen können, stellen wir fest, dass ein kompletter Verzicht auf thermi-
15 sche Großkraftwerke in absehbarer Zukunft nicht bzw. nur mit erheblichen
16 Schwierigkeiten und Kosten umsetzbar wäre. Die Kohlekraft muss und soll an
17 Bedeutung verlieren. Jedoch wollen wir uns nicht damit begnügen, dass zur Bek-
18 kämpfung des Klimawandels komplett auf thermische Großkraftwerke verzichtet
19 werden muss, da dies Hemmschuh der Eliminierung von fossilen Energieträgern
20 ist. **Darum fordern wir Junge Liberale Berlin einen neuen Ansatz im Um-**
21 **gang mit der Nutzung einer modernen Atomkraft.**

22 Die Weiterentwicklung dieser Technologie hat nicht in den späten 80er Jahren
23 aufgehört, als die letzten Atomkraftwerke in Deutschland ans Netz gingen. Neu
24 konzipierte Reaktoren der Generation IV versprechen physikalisch inhärent sichere
25 Kraftwerke und geben keinerlei Grund zur Besorgnis, dass es außerhalb der
26 Anlage zu einem Anstieg des Strahlenniveaus kommt. Der Vergleich mit Kata-
27 strophen der Vergangenheit wie in Tschernobyl oder Fukushima wird diesen
28 technischen Errungenschaften und Fortschritten nicht ansatzweise gerecht. Auch
29 im Bereich der Verwertung des „Atommülls“ hat die Kernkrafttechnologie erhebliche
30 Fortschritte gemacht. Was in der Vergangenheit als nicht mehr wirtschaftlich
31 verwertbare Brennelemente galten, können perspektivisch mit Hilfe neuer Reak-
32 toren und neuen Aufbereitungstechnologien weiter verwertet werden und den
33 langfristig einzulagernden „Atommüll“ massiv reduzieren. Zudem ist, wie auch bei
34 anderen Energieträgern, die Effizienz neuerer Reaktoren, die damit einhergehend
35 gestiegene Wirtschaftlichkeit und der Nutzen für die Strahlenmedizin nicht von

Seite 18

36 der Hand zu weisen. Aus wissenschaftlicher und praktischer Sicht ist festzustel-
37 len, dass ein Atomkraftwerk sicher betrieben werden kann und durch die zivile
38 Nutzung dieser Energiequelle pro Terrawattstunde weniger Tode hervorgerufen
39 wurden als bei Wind-, Solar- oder insbesondere Kohlekraft. Wenn den hohen
40 Kriterien der Sicherheit, der Verwertung und Minimierung von Atommüll sowie der
41 Wirtschaftlichkeit entsprochen wird, sehen wir keinen Grund, warum nicht auch
42 die Atomkraft in einem zukünftigen Energiemix einen Beitrag zum Klimaschutz
43 leisten kann und soll.

44 Uns ist bewusst, dass es mindestens staatlicher Rückendeckung bedarf, um eine
45 neue Kernkraftindustrie auch zur Teilnahme an neuen Kernkraftprojekten zu be-
46 wegen und das politische Klima in Deutschland nachhaltig zu ändern. Dies muss
47 aber die Grenzen der Bundesrepublik überschreiten. Eine neue Kernenergiepoli-
48 tik auch für Deutschland wird am besten in Kooperation mit den europäischen
49 Partnern gelingen. Wir fordern deshalb eine Forschungsoffensive im Bereich der
50 Kernenergie und den Reaktorneubau auf gesamteuropäischer Ebene. Deutsch-
51 land soll sich dabei ebenfalls als Standort für moderne europäische Kraftwerke
52 anbieten.

53 Alternative 1: Die noch im Betrieb befindlichen Kraftwerke genügen jedoch nicht
54 den Anforderungen, die eine Laufzeitverlängerung rechtfertigen würde. Sie sollen
55 wie momentan geplant spätestens 35 Jahre nach Inbetriebnahme keine Leistung
56 mehr ins Netz einspeisen. Stattdessen sollen, bevorzugt an den derzeitigen
57 Standorten, an denen auch die Akzeptanz der Bevölkerung vorhanden ist, mittel-
58 fristig neue Reaktoren der Generation IV errichtet werden.

59 Alternative 2: Auch die noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke sollen als
60 Ergänzung bis zu 45 Jahre nach Inbetriebnahme weiterbetrieben werden, um
61 kurzfristig Raum für eine schnellere Unabhängigkeit von mit Kohle angetriebenen
62 Heizkraftwerken herzustellen. Die absolute Sicherheit der Anlagen muss dabei zu
63 jeder Zeit gewährleistet sein.

64 Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist im Zuge der Bekämpfung des Klima-
65 wandels unerlässlich. Die Atomkraft kann und muss sogar einen Beitrag dazu
66 leisten, dass diese Abkehr effizient und zügig gelingt. Anders ist die notwendige
67 Reduzierung von CO₂-Emissionen einerseits, jedoch auch die weitere Versor-
68 gungssicherheit der Bevölkerung und des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik
69 Deutschland zu vertretbaren Preisen mittelfristig nicht mehr zu gewährleisten.

Antrag 002

Betr.: Wettbewerbsnachteil beheben – Lehrerberuf in Berlin attraktiver gestalten

Antragsteller: Johannes Dallheimer, Dominik Znanewitz, Fabian Pfeil

1 **Wettbewerbsnachteil beheben – Lehrerberuf in**
2 **Berlin attraktiver gestalten**

3 Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Fraktion der Freien Demokraten im Berli-
4 ner Abgeordnetenhaus auf, sich dafür einzusetzen den Lehrerberuf in Berlin zu
5 stärken und dabei auch die Verbeamtung von Lehrern in Betracht zu ziehen.

Antrag 003

Betr.: Berliner Bildung ein Update verpassen

Antragsteller: Landesfachausschuss für Bildung und Digitalisierung

1 **Berliner Bildung ein Update verpassen**

2 **Lehrkräfte gewinnen**

3 Quereinsteiger als Lehrer

4 Wir müssen als eines der primären Ziele den Fachkräftemangel in Deutschland
5 angehen. Daher sind die Jungen Liberalen überzeugt davon, dass auch Querein-
6 steiger so ausgebildet werden können, sodass sie pädagogisch wertvollen Unter-
7 richt geben können. Dazu wollen wir vermehrt Weiter- und Fortbildungen schaf-
8 fen, in denen fachliche Studierende die Möglichkeit haben, sich pädagogische und
9 soziale Umgangsformen mit Schülern anzueignen. Dies liefert eine kurzfristige
10 Lösung auf den bestehenden Fachkräftemangel und dazu fordern wir Wochen-
11 endkurse, in denen die Grundlagen der Pädagogik und Didaktik übermittelt wer-
12 den, sodass der Quereinstieg erleichtert wird. Die Weiterbildung soll aber unserer
13 Meinung nicht mit dem Einstieg in den Lehrerberuf enden, sondern während der
14 Arbeitszeit als Lehrer fortgesetzt werden. Dazu sollen ebenso zu absolvierende
15 Wochenendkurse dienen, die die Quereinsteiger in den ersten 2 Jahren begleiten
16 sollen, um entsprechende Grundqualifikationen zu sichern.

17 **bessere Bezahlung**

18 Zu weltbesten Bildung gehören natürlich auch weltbeste Lehrkräfte. Mit dem ho-
19 hen Stellenwert der Lehrer auf dem Weg zu einem idealen Bildungssystem und
20 dem jetzt bestehenden Fachkräftemangel, sind die Jungen Liberalen für einen
21 Lehrerberuf, der attraktiver gemacht wird. Dazu fordern wir eine attraktivere Be-
22 zahlung, um mehr motivierte Menschen für ein Lehramtsstudium zu begeistern.
23 In Berlin werden Fachkräfte momentan im Bundesvergleich am schlechtesten be-
24 zahlt und die hier studierenden jungen Leute, haben nur in anderen Bundeslän-
25 dern die Chance auf eine Verbeamtung, welche die Ausübung des Lehrerberufs
26 in anderen Bundesländern deutlich attraktiver macht. Wir wollen grundsätzlich ei-
27 ne bundesweite Abschaffung der Verbeamtung in Deutschland nach Schweizer
28 Vorbild, empfinden jedoch Berlin als chancenlos, den Fachkräftemangel unter
29 den jetzigen Bedingungen zu begleichen. Wir können keinen guten Vorausset-
30 zungen für den Einstieg in den Lehrerberuf bieten, solange man ein paar Kilometer
31 weiter unter deutlich besseren Bedingungen arbeiten kann. Daher fordern die
32 Jungen Liberalen eine temporäre Wiedereinführung der Verbeamtung von Leh-
33 rern in Berlin, bis bundesweite Voraussetzungen für eine Abschaffung des verbe-
34 amteten Berufs geschaffen sind. Zu einer angemessenen Bezahlung in den Bun-
35 desländern gehört auch eine gerechte Bezahlung unter allen Lehrern. Daher for-
36 dern die Jungen Liberalen eine gleichwertige und leistungsbezogene und an der

Seite 21

37 Qualifikation orientieren Bezahlung für alle Lehrkräfte, unabhängig davon, ob die-
38 se an Grundschulen, Gymnasien oder Sekundarschulen arbeiten oder welches
39 Unterrichtsfach sie unterrichten. Gehalt sollte sich nicht nach Standort oder
40 Schulart richten, sondern von Qualifikationen abhängen. Daher sprechen wir uns
41 auch dafür aus, pädagogische und technische Fortbildungen für Lehrer attraktiver
42 zu gestalten, indem das Gehalt entsprechenden zusätzlichen Qualifikationen an-
43 gepasst wird und auch somit der Lehrprozess für Lehrende nicht endet.

44 **Flexibilität erhöhen**

45 Freiheiten des Schülers fördern

46 Die Jungen Liberalen fordern eine Erhöhung der Flexibilität in der Fächeraus-
47 und Zuwahl für die Schüler. Durch eine vielfältigere Fächerauswahl, durch die
48 die Stärken des individuellen Schülers früh gefördert werden können, werden die
49 Orientierungslosigkeit vieler Schüler nach dem Abschluss minimiert und die Inter-
50 essen der Schüler vertieft. Dazu fordern die Jungen Liberalen ab der Sekundar-
51 stufe 1 eine jährlich steigende Wahlmöglichkeit von Schwerpunkten, wodurch die
52 Möglichkeit besteht, dafür Stunden anderer spezifischer Fächer zu verringern, die
53 nicht den Interessen und Fähigkeiten des Schülers entsprechen, dabei wünschen
54 wir uns die Orientierung an der Anker- Wahldifferenzierung. Natürlich müssen
55 bestimmte Fächer weitgehend verpflichtend absolviert werden, um den Ab-
56 schluss zu bestehen, wozu vor allem die Hauptfächer Mathe, Deutsch und eine
57 Fremdsprache gehören. Dadurch können die Bedürfnisse und Stärken des Schü-
58 lers in Zeiten körperlicher Entwicklung und dem Durchlaufen der Pubertät auf je-
59 des Individuum präziser zugeschnitten werden. Durch die Erhöhung der Fächer-
60 auswahl im fortschreitenden Alter können die Schüler sich bereits in der Schule
61 in verschiedenen Fachrichtungen orientieren und somit wird der nach dem Ab-
62 schluss erfolgende Einstieg in Ausbildung und Studium durch bereits erlangte Er-
63 kenntnisse über Fachrichtungen diverser Berufe erleichtert. Die Jungen Liberalen
64 empfinden einen so breitgefächerten und aus weitgehend verpflichtenden Fä-
65 chern bestehenden Stundenplan im so hohen Alter des Schülers als Hindernis,
66 um eigene Interessen und Leidenschaften zu fördern, die den Ehrgeiz und die
67 Zielstrebigkeit des Schülers anregen. Daher befürworten wir eine frühere, vielfäl-
68 tige Fächerauswahl für die Schüler zwischen den Fachbereichen.

69 **Digitalisierung und Kooperationsverbot**

70 Die Jungen Liberalen fordern zudem eine deutliche Erhöhung der Investitionen
71 in Bildung und Digitalisierung. Wir begrüßen es, dass die Fraktionen im Bundes-
72 tag mehrheitlich für den Digitalpakt Schule gestimmt haben, durch den vom
73 Bund Milliardensummen für Digitaltechnik in Schulen gezahlt werden können. Die
74 Jungen Liberalen befürworten eine sofortige Abschaffung des Kooperationsver-
75 botes, welches den Bund daran hindert, in Bildung zu investieren und einer bun-
76 desweiten Übereinstimmung der Standards des Schulsystems. Weltbeste Bildung
77 ist keine landesweite, sondern eine bundesweite Aufgabe, die wir als Gesell-
78 schaft meistern müssen, wozu wir die Unterstützung des Bundes benötigen. Zur
79 Digitalisierung an Schulen gehört zudem eine verpflichtende Weiterbildung für

Seite 22

80 die Lehrer, um den Umgang mit sämtlichen technischen Geräten aller Lehrer zu
81 garantieren. Dazu empfehlen die Jungen Liberalen, diverse Weiterbildungen im
82 technischen und digitalen Bereich – vor Allem an Wochenenden, an denen Leh-
83 rer teilnehmen können. Den Lehrern muss zudem Rechtssicherheit in Sachen
84 Haftungsfragen und Datenschutz zugesichert werden. Grundlage für moderni-
85 sierte Schulen ist zudem verfügbares WLAN an allen Schulen. Die Jungen Libe-
86 ralen fordern zudem auch eine Digitalisierung im Bereich der Schulverwaltung,
87 vor allem, um bürokratische Prozesse zu beschleunigen. Dazu gehört auch eine
88 entsprechend zu verbessernde Kommunikation zwischen Schülern und Lehrkräf-
89 ten nach dem Vorbild der Universitäten. Die Jungen Liberalen sind für die Nut-
90 zung von Portalen, wie „Moodle“ an der HU Berlin oder „Agnes“, durch die der
91 Austausch von Informationen den Standards des 21. Jahrhunderts angepasst
92 wird. Somit können Lehrer organisatorische Infos und Medien aller Art hochladen.
93 Zum Beispiel Lehrmittel, wie Power Point Präsentationen oder Arbeitsblätter, kön-
94 nen zur Verfügung gestellt werden und Schüler können mit entsprechenden Zu-
95 gangsinformationen auf alle Dateien und Infos, bezüglich ihres Kurses oder Fa-
96 ches, zugreifen. Wir empfinden solche Portale als notwendig, um einen guten
97 Austausch zwischen Schülern und Lehrern zu fördern. Wir empfinden eine Digi-
98 talisierung der Schulen als unverzichtbar, um das Ziel weltbesten Bildung zu er-
99 reichen.

100 **Diskriminierung von Schülern verhindern**

101 Gleiche Chancen für alle

102 Chancengleichheit steht im Zentrum unseres liberalen Weltbildes. So muss auch
103 in der Schulzeit eine objektive Bewertung Priorität haben. Wir fordern eine an-
104 onymisierte Bewertung der schriftlichen Prüfungen bei Schulabschlüssen. Die Ab-
105 iturnote eines Schülers kann ausschlaggebend für seine Zukunft sein und sollte
106 daher auch unabhängig vom Schüler bewertet werden. Die Anonymisierung der
107 wichtigsten schriftlichen Leistungsüberprüfungen an Schulen ist damit unverzicht-
108 bar für eine gerechte Bewertung des Schülers.

109 Multilinguale Prüfungen ermöglichen

110 Die Jungen Liberalen wollen Schülern ermöglichen, die Prüfungen der Schulab-
111 schlüsse innerhalb Deutschlands auch in anderen Sprachen zu absolvieren. Da
112 es viele Schüler mit Migrationshintergrund in Deutschland gibt, die innerhalb
113 Deutschlands einen Schulabschluss anstreben, fordern die Jungen Liberalen die
114 Möglichkeit, Abschlussprüfungen im Abitur und anderen Schulabschlüssen in den
115 Muttersprachen der Schüler zu absolvieren. In den Sprachen, in denen Lehrkräf-
116 te mit der jeweiligen Sprachkenntnis zur Verfügung stehen, soll dies zum Wohle
117 des Schülers in Abschlussprüfungen – wie den Abiturprüfungen – genutzt wer-
118 den. Viele Schüler leiden darunter, die deutsche Sprache nicht fließend zu be-
119 herrschen, da sie aufgrund anderer Muttersprachen und fehlender Ressourcen
120 nicht über einen so vielfältigen Wortschatz und vollständig korrekte Grammatik
121 und Satzstruktur verfügen, welche in Prüfungen allerdings gefordert werden. Vor-
122 ausgesetzt wird natürlich eine bereits gute Beherrschung der deutschen Sprache.

Seite 23

123 Daher fordern die Jungen Liberalen, dass Prüfungen, in denen die Sprachkennt-
124 nis nicht ausschlaggebend für die Prüfungsnote ist, aber die Leistungen des
125 Schülers beeinflusst, auch in jeweiligen anderen Sprachen absolviert werden
126 können. So kann der Schüler ohne Einschränkungen seine bestmögliche Leis-
127 tung erzielen. Diese Methode ist bereits für das Erlangen eines Führerscheins
128 möglich, wodurch zahlreiche Menschen die Möglichkeit haben, die schriftliche
129 Prüfung in einer Fremdsprache zu absolvieren, womit sich das Lernen für die
130 Prüfung auf die geforderten Inhalte reduziert und nicht die Beherrschung der
131 Fachsprache und einer fließenden Sprachkenntnis voraussetzt. Dies kann natür-
132 lich nur erfolgen, wenn an Schulen Lehrkräfte mit den erforderlichen Sprach-
133 kenntnissen zur Verfügung stehen, wodurch viele Sprachen, wie arabisch entfal-
134 len. Jedoch bestände an fast jeder Schule die Möglichkeit, die Prüfung in eng-
135 lisch, spanisch, französisch etc. zu absolvieren. Die Anzahl an Schülern, die die-
136 se Option in Anspruch nehmen würden ist bedeutend klein, sodass der allgemei-
137 ne Lehrermangel dem nicht im Weg stände, da Sprachlehrer an jeder Schule
138 vertreten sind. Aus diesem Grund fordern die Jungen Liberalen auch die Mög-
139 lichkeit, die deutsche Sprache schon vor Beginn der Schulzeit zu fördern, damit
140 mit dem Einstieg in die Schule keine Nachteile für Schüler mit fehlender deut-
141 schen Sprachkenntnis entstehen.

142 **alle Schüler gleich behandeln**

143 Die Jungen Liberalen empfinden es als selbstverständlich, dass Schüler unab-
144 hängig von Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder sonstigem bewertet und behan-
145 delt werden. So haben die Zahlen der Berliner Senatsverwaltung für Bildung
146 auch uns schockiert und darauf aufmerksam gemacht, dass wir noch weit von ei-
147 ner Gesellschaft entfernt sind, in der man sich die Frage der Diskriminierung des
148 Schülers durch den Lehrer nicht stellen muss. Wir empfinden es als unverzicht-
149 bar, Konsequenzen auf solches Verhalten folgen zu lassen. Lehrer sollen durch
150 ihre Machtposition gegenüber den Schüler nicht die Möglichkeit haben, Schüler
151 anders zu behandeln, ohne dass der Schüler sich verteidigen kann. Dafür sollte
152 der Vertrauensschüler dienen, der als Ansprechpartner für Schüler dient und in
153 Fällen von Diskriminierung mehr Befugnisse haben sollte. Der Lehrer sollte zum
154 Beispiel mit den Vorwürfen konfrontiert werden können, was auch in Formen ei-
155 ner anonymen Beschwerde geschehen kann. Dazu fordern wir Anonyme Be-
156 schwerde Stellen, wo der Schüler sich äußern kann, ohne Angst vor Konsequen-
157 zen zu haben. Die Fälle von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Religion,
158 sexueller Orientierung etc. müssen unbedingt mehr gesehen und in den Vorder-
159 grund gerückt werden.

160 **Inklusion**

161 Die Jungen Liberalen befürworten eine Inklusion an Schulen. Sozialpolitisch ge-
162 sehen, ist die Inklusion behinderter Kinder in der Mitte der Gesellschaft sehr
163 wichtig. Wir wollen jedoch auch ein mehrgliedriges Schulsystem mit ausreichend
164 Schulen beibehalten, die mit Fachkräften ausgestattet sind, für die Betreuung der
165 Kinder mit besonderen Ansprüchen, denn unser Ziel ist es nicht, die Standards
166 zu senken, sondern die Qualität der Bildung zu verbessern. Wenn dies in einer

Seite 24

167 Regelklasse gar nicht oder nur auf Kosten des Lernerfolgs der anderen Schüler
168 gewährleistet werden kann, muss dem Kind die Chance auf ein geeignetes Lehr-
169 umfeld gestattet werden. Die Jungen Liberalen wollen keine Inklusion um jeden
170 Preis, bei der mit nicht erreichbaren Quoten geworben wird. Da zuerst die not-
171 wendigen Standards geschaffen werden müssen, damit alle Kinder in Inklusions-
172 klassen gleichermaßen gefördert werden können, befürworten wir eine Inklusion
173 erst, wenn die Schulen bereits über die notwendigen Mittel – wie genügend
174 Fachkräfte - verfügen. Die Jungen Liberalen empfinden eine voreilige Entschei-
175 dung über Inklusionsschulen bei dem schon jetzt bestehenden Fachkräftemangel
176 in Schulen als enorm schädlich, jedoch eine wichtige Aufgabe, die uns nach der
177 Lösung jetziger Probleme bevorsteht.

Antrag 004

Betr.: Gott ist tot! - Für eine säkulare und weltanschaulich neutrale Gesellschaft

Antragsteller: Junge Liberale Berlin-Mitte

1 **Gott ist tot! - Für eine säkulare und weltan-** 2 **schaulich neutrale Gesellschaft**

3 Als Junge Liberale respektieren wir unterschiedliche Weltanschauungen und Re-
4 ligionen. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des reli- giö-
5 sen und weltanschaulichen Bekenntnisses (Art. 4 Abs. 1 GG) haben aus un- se-
6 rer Sicht in einem demokratisch-pluralistischen Staat eine wichtige Bedeutung.
7 Allerdings halten wir eine konsequente Trennung von Staat und Kirche für not-
8 wendig, um ein konfliktfreies Miteinander zu gewähren. Daher sollten bisher
9 überkommene Strukturen entflechtet und eine stärkere konfessionelle Neutralität
10 hergestellt werden – bisherige staatliche Privilegien der Religionsgemeinschaften
11 müssen ausnahmslos aufgehoben werden!

12 **§ 1 Feiertage und Finanzen**

13 Als Junge Liberalen fordern wir eine Reform der Feiertagsgesetze der Länder.
14 Die religiösen, christlich geprägten Feiertage sollen längerfristig durch gesell-
15 schaftlich relevante, säkulare Tage ersetzt werden, mit denen sich grundsätzliche
16 alle Mitglieder der Gesellschaft identifizieren können. Als Ausnahme sollen we-
17 gen ihrer historisch gewachsenen gesellschaftlichen Bedeutung die Weihnachts-
18 und Osterfeiertage beibehalten bleiben. Perspektivisch setzen wir uns für ge-
19 meinsame Europäische Feier- und Gedenktage ein. Das Vermögen der katholi-
20 schen und evangelischen Kirche wird auf über 400 Milliarden Euro geschätzt. In-
21 soweit halten wir es langfristig für gerechtfertigt, die Kirchensteuer abzuschaffen.
22 Kirchen sollen wie beispielsweise auch Vereine und politische Parteien künftig
23 selber ihre Mitgliedsbeiträge einziehen. Kurzfristig sollte das Verfahren für den
24 Austritt aus einer Religionsgemeinschaft von staatlicher Seite aus kostenlos und
25 digital angeboten werden. Die Abschaffung der staatlichen Entschädigung für
26 Enteignungen im 18. und 19. Jahrhundert (Staatsleistungen) an die Kirchen von
27 zuletzt über 500 Millionen Euro pro Jahr halten wir für dringend umzusetzen. So
28 sollten beispielsweise die Gehälter von kirchlichen Würdenträgern nicht länger
29 vom Staat übernommen werden.

30 **§ 2 Affen und Ethik statt Adam und Eva**

31 In keinem der Lehrpläne der 16 Bundesländer sind die Themen „Evolution“ und
32 „EntstehungdesUniversumsund Sonnensystems“ bisher als verpflichtender Un-
33 terrichtsinhalt in der Grundschule ausdrücklich vorgesehen. Vielmehr erhalten
34 viele Kinder zuerst im Religionsunterricht Antworten auf die oben genannten

Seite 26

35 Themen, z. B. Gott habe die Menschen, Tiere und Pflanzen in sechs Tagen er-
36 schaffen (und ruhte am siebten Tag). Als Folge der Nichtbehandlung führen viele
37 Kinder die Entstehung des Lebens, die Entstehung des Universums auf den
38 Schöpfungsprozess zurück. Damit öffnet man Tür und Tor für eine Gesellschaft,
39 die ihre Überzeugungen auf unbelegten Gefühlen und Vermutungen basiert. Wir
40 fordern eine im Lehrplan verankerte, verpflichtende und wissenschaftlich korrekte
41 Aufklärung der Kinder über die Themen „Evolution“, und „Entstehung des Univer-
42 sums und Sonnensystems“. Die Themen sollten dabei in die Rahmenlehrpläne
43 für alle Grundschulen (Klasse 1-4 bzw. 1-6) als verpflichtende Unterrichtsinhalte
44 verankert werden. Das Anbringen und Tragen von religiös-weltanschaulichen
45 Symbolen durch Lehrkräfte in Räumen des Staates wie Klassenzimmern in Schu-
46 len lehnen wir ab.

47 *Alternative 1 (Berliner Modell):*

48 Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Bundesländern das Fach Ethik als or-
49 dentliches Pflichtfach in Schulen angeboten wird, während der Religions- und
50 Weltanschauungsunterricht verschiedener Konfessionen in den Schulen zusätz-
51 lich freiwillig von den Schülern besucht werden kann. Die Lehrer des Religions-
52 und Weltanschauungsunterricht sollten von staatlicher Seite beaufsichtigt und be-
53 zahlt werden.

54 *Alternative 2 (Französisches Modell):*

55 Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Bundesländern das Fach Ethik als or-
56 dentliches Pflichtfach in Schulen angeboten wird. Darüber hinaus sollte es in
57 Schulen nach französischem Vorbild überhaupt keinen Religions- und Weltan-
58 schauungsunterricht unterschiedlicher Konfessionen geben. Grundkenntnisse
59 über die Weltreligionen sollten von einer nichtkonfessionsgebundenen Lehrkraft
60 im Fach Ethik vermittelt werden.

61 *Alternative 3 (Süddeutsches Modell):*

62 Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Bundesländern die Schüler entweder das
63 Fach Ethik oder einen Religions- und Weltanschauungsunterricht als Pflichtfach
64 besuchen, um sicherzustellen, dass die Schüler nicht nur im privaten Bereich
65 über ihre Konfession lernen. Die Lehrer des Religions- und Weltanschauungsun-
66 terricht sollten von staatlicher Seite beaufsichtigt und bezahlt werden.

Antrag 005

Betr.: Austritt der Türkei aus der NATO

Antragsteller: Junge Liberale Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau

1 **Austritt der Türkei aus der NATO**

- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern den Austritt der Türkei aus dem Werte- und
- 3 Verteidigungsbündnis NATO.

Antrag 006

Betr.: Kreuzchen setzen: Organspender sein!

Antragsteller: Junge Liberale Nordberlin

1 **Kreuzchen setzen: Organspender sein!**

2 Laut der Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) befinden sich derzeit
3 10.000 schwerkranke Patienten auf der Warteliste für ein Spenderorgan.
4 Durchschnittlich sollen 3 Menschen pro Tag auf einem Platz auf der Warteliste
5 aufgrund eines Mangels an Spenderorganen, im Besonderen von Nieren, ster-
6 ben. Zwar besitzen bereits 32 Prozent der Deutschen laut einer Umfrage der
7 Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzGA) einen Spenderausweis,
8 aber die Organspendezahlen in Deutschland sind so niedrig wie noch nie zuvor.

9 Die Jungen Liberalen Berlin fordern daher die Ersetzung der klassischen „Ent-
10 scheidungslösung“ in dem Transplantationsgesetz (TxRegG) im Sinne einer er-
11 weiterten Entscheidungslösung, welche die bisherigen Entscheidungslösungen ei-
12 nes Organspendeausweises beinhaltet. Diese beinhaltet, dass jede deutsche
13 Staatsbürgerin oder jeder deutscher Staatsbürger mit dem 18. Geburtstag dazu
14 aufgefordert wird dem Transplantationsregister mitzuteilen, ob diese oder dieser
15 Organspender/-in bzw. Gewebespender/-in sein möchte. Hat eine Person keine
16 Entscheidung getroffen, so greift die Widerspruchslösung.

17 Eine Widerspruchslösung lehnen wir ab, da in diesem Falle der Staat maßregelt-
18 welche beider Optionen die ethisch zu vertretene Position ist. Außerdem sorgt
19 auch diese nicht dafür, dass sich die Krankenkassenkundinnen und –kunden
20 sichaktiv mit dem Thema der Organspende auseinander setzen.

21 Dafür sollen die gesetzlichen Krankenkassen, wie auch die privaten Krankenkas-
22 senunternehmen, wie bisher seit 2012 auch, neutrale Informationen zu der Or-
23 ganspende auf Nachfrage bereitstellen. Zusätzlich sollen alle Krankenkassenmit-
24 glieder zu ihrem 18. und 50. Geburtstag umfassend informiert werden.

25 Die Entscheidung wird dabei in einem zu schaffenden Transplantationsregister
26 anonymisiert gespeichert. Bei Krankenkassenpatienten wird die Entscheidung
27 ebenfalls auf der Krankenkassenkarte gespeichert.

28 Eine weitergehende Änderung für Lebendorganspenden sehen die Jungen Libe-
29 ralen Berlin nicht vor. Zur weiteren Verbesserung des Transplantations-systems
30 in Deutschland ist außerdem die Vergütung einer Transplantation anzuhängen, so-
31 wie mehr Stellen für die Verwaltung und Vergabe zu schaffen. Die bisherige Fi-
32 nanzierung und personelle Ausstattung verhindert die effiziente und schnelle
33 Transplantation. Auch die Finanzierung des Betreuungszeitraums der potenziel-
34 len Organspender bis zur Feststellung des Hirntods der Spender ist sicherzustel-
35 len, da das Angebot von Transplantationen andernfalls ein finanzieller Verlust für
36 eine Klinik bedeuten kann.

Antrag 007

Betr.: Selbstbestimmt in wirklich allen Lebenslagen

Antragsteller: Junge Liberale Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf

1 **Selbstbestimmt in wirklich allen Lebenslagen**

2 **I. Präambel**

3 Für Liberale steht das Prinzip der Selbstbestimmung über das eigene Leben und
4 den eigenen Körper an oberster Stelle. Solange nicht in die Freiheit eines ande-
5 ren eingegriffen wird wehren wir uns daher vehement gegen staatliche Einmi-
6 schung und Bevormundung.

7 Dieses Prinzip gilt umso mehr in Ausnahmesituationen wie den Grenzbereichen
8 des Lebens. Wir kämpfen daher für Selbstbestimmung in wirklich allen Lebensla-
9 gen, bis hin zum eigenen Tod.

10 **II. Wahlfreiheit auch am Ende des Lebens**

11 Aus der humanistischen Tradition und der Grundkonzeption unseres Grundgeset-
12 zes bekennen wir uns selbstverständlich zur Menschenwürde und dem Recht auf
13 Leben. Jeder Mensch, unabhängig von seinem Alter, der prognostizierten Le-
14 benserwartung und der Lebensqualität hat einen Anspruch auf Fürsorge und den
15 Schutz seines Lebens.

16 Trotz medizinischen Fortschrittes sind viele Krankheiten bis heute nicht heilbar,
17 die Behandlungsmöglichkeiten beschränken sich auf Schmerztherapie, das Min-
18 dern von Ängsten, Übelkeit und Atemnot. Gerade im Bereich der Palliativmedizin
19 und der Geriatrie wurden in den vergangenen Jahren dabei enorme Fortschritte
20 erzielt, ein schmerzfreies Sterben ist heute vielfach möglich. Als Liberale erken-
21 nen wir jedoch auch an, dass nicht jeder Patient und jede Patientin diese Mög-
22 lichkeiten für sich nutzen will. Zwar besteht zweifelsohne ein absolutes Recht auf
23 Leben, eine Lebenspflicht lehnen wir jedoch entschieden ab!

24 Wir erkennen daher das Recht von Menschen an ihrem Leben in Folge einer
25 schweren und unheilbaren Erkrankung selbstbestimmt ein Ende zu setzen. Aus
26 diesem Grund fordern wir:

27 **1. Straffreiheit für jede Form der eigenverantwortlichen** 28 **Selbsttötung**

29 Die Strafbarkeit Dritter für die Beteiligung an einem Suizid ist auf ein Minimum zu
30 begrenzen. Eine solche kommt für uns lediglich in Fällen in Betracht, in denen
31 die Autonomie der Suizidenten ausgeschlossen ist. Eine Strafbarkeit wegen ei-
32 nes Vorsätzlichen Tötungsdeliktes in mittelbarer Täterschaft in Folge eines Auto-

Seite 30

33 nomieverlustes und damit ein Ausschluss der Selbstverantwortlichkeit kommt für
34 uns daher lediglich bei Personen unter 14 Jahren (§19 StGB), sowie in einem
35 Zustand, der Schuldunfähigkeit im Sinne der §§ 20, 35 StGB in Betracht. Wir
36 fordern den Gesetzgeber daher dazu auf, für eine entsprechende Klarstellung zu
37 sorgen.

38 Suizid ist im deutschen Recht, seit dem Jahre 1871 straffrei, daraus ergab sich
39 bis in das Jahr 2015 völlig selbstverständlich auch die Straffreiheit der Gelegen-
40 heitsverschaffung sowie der Teilnahme am Suizid. Durch die Einführung des
41 Straftatbestandes der „Geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ nach
42 §217 StGB wurde diese Selbstverständlichkeit aufgegeben, Mithin ist nun das
43 Verschaffen der Möglichkeit, wie etwa das zur Verfügung stellen tödlicher Medi-
44 kamente oder Gegenstände unter bestimmten Bedingungen strafbar. Bestraft
45 wird damit die Beihilfe zu einem Verhalten, dass als solches bereits nicht den
46 Tatbestand eines Strafgesetzes erfüllt und sich ausschließlich gegen die eigene
47 Person richtet. Ein solches intrapersonales Verhalten stellt bereits kein Unrecht
48 im Sinne des Strafrechtes dar, nötig für eine Beihilfestrafbarkeit wäre jedoch ein
49 interpersonales und damit ein Unrecht begründendes Verhältnis. Die Vorschrift
50 des §217 StGB verfolgt in so Weit bereits kein Unrecht und folglich keinen legiti-
51 men Zweck, sie ist daher verfassungswidrig und unverzüglich wieder abzuschaf-
52 fen.

53 Die Konstruktion einer Strafbarkeit durch strafbares Unterlassen in Fällen der
54 Sterbehilfe lehnen wir ebenfalls ab. Nach der von der Rechtsprechung vertrete-
55 nen sogenannten Lehre vom Tatherrschaftswechsel, nach der in Fällen der Ster-
56 behilfe eine vorsätzliche Tötung durch Unterlassen in dem Moment vorliegen soll,
57 in dem ein Suizident das Bewusstsein verliert und ein dabei anwesender Garant
58 keine Rettungsmaßnahmen einleitet. Eine Garantenstellung ergibt sich dabei re-
59 gelmäßig entweder aus Verwandtschaft oder Ingerenz, sofern der Täter das Tat-
60 werkzeug (wie tödliche Medikamente) zur Verfügung stellt. In der Praxis führt
61 diese Rechtsprechung jedoch zu zwei Umgehungsphänomenen, um einer Straf-
62 barkeit zu entgehen. Einerseits werden solche Suizide nunmehr alleine, ohne
63 Begleitung und Betreuung durch Angehörige, Freunde oder Fachpersonal began-
64 gen. Andererseits werden für die Tötung häufig schnell wirkende und damit nicht
65 mehr revidierbare Medikamente verwendet, so dass eine den Todeseintritt ver-
66 hindernde Intervention in jedem Fall unmöglich ist. Diese Arten der Selbsttötung
67 gehen jedoch häufig ebenfalls mit starken körperlichen Qualen einher und sind
68 als solche den Suizidenten nicht zumutbar. Wir fordern daher den Gesetzgeber
69 auf die derzeitige unhaltbare und unmenschliche Rechtslage zu korrigieren und
70 Sterbewilligen damit nicht weiter vor die Wahl des alleinigen oder qualvollen
71 Sterbens zu stellen.

72 **2. Ende der Kriminalisierung der einverständlichen und ei-** 73 **genverantwortlichen Fremdtötung**

74 Völlig zu Recht stellt das Strafrecht in den §§211ff. StGB das Rechtsgut des Le-
75 bens unter den schärfsten Schutz des Staates. Dieser Schutz reicht jedoch bis
76 hin zum Verbot der Einwilligung in eine Fremdtötung, §216 StGB billigt im Falle

Seite 31

77 einer ausdrücklichen und ernsthaften Tötungsverlangens dem Tötenden lediglich
78 eine Privilegierung in Form eines geringeren Strafrahmens, im Vergleich zu Mord
79 und Totschlag nach §§211, 212 StGB zu. Die Strafbarkeit als solche bleibt damit
80 unberührt. Damit ist es in Deutschland faktisch nicht möglich selbst bei einer ra-
81 tional nachvollziehbaren, weder krankhaft bedingten noch unter Willensmängeln
82 leidenden Entscheidung durch einen anderen Menschen getötet zu werden, ohne
83 dass dieser sich dadurch strafbar macht. Insbesondere Menschen, die körperlich
84 nicht mehr in der Lage dazu sind sich selbst zu töten, beispielsweise aufgrund
85 fortgeschrittener Lähmungen (etwa Tetraplegie) haben damit keinerlei rechtmäßi-
86 ge Chance auf ein selbstbestimmtes Lebensende. Vielmehr kann das Weiterle-
87 ben für Betroffene zur verpflichtenden Qual werden. Beispielhaft zeigte dies et-
88 wa der bekannte Fall der Britin Diane Pretty, diese war in Folge der Erkrankung
89 an Amyotrophe Lateralsklerose (ALS) nicht mehr in der Lage sich selbst das Le-
90 ben zu nehmen und war daher dazu verdammt entgegen ihrem ausdrücklichen
91 Verlangen den natürlichen Erstickungstod zu erleiden. Für uns Liberale ist dabei
92 das Strafrecht kein Mittel zur Durchsetzung moralischer oder gesellschaftlicher
93 Normen, vielmehr ist der strafrechtliche Schutz erst geboten, wenn in die Rechte
94 anderer eingegriffen wird. Eine religiös begründete Lebens- und Leidenspflicht im
95 Sinne einer moraltheologischen Ethik lehnen wir daher strikt ab, die vor allem im
96 Christentum verbreitete Ächtung der Selbsttötung darf für uns in einem säkularen
97 Staat nicht der Maßstab sein.

98 Daher ist der §216 StGB ersatzlos zu streichen, §228, der die Grenzen der Mög-
99 lichkeit einer Einwilligung in eine Körperverletzung regelt ist ebenfalls abzuschaf-
100 fen. Statt dessen sollen die Voraussetzungen für eine rechtfertigende Einwilli-
101 gung im Allgemeinen Teil des StGB kodifiziert werden, durch die explizit auch die
102 Einwilligung in eine Fremdtötung ermöglicht wird.

103 **3. Verpflichtung des Staates zur Bereitstellung tödlicher Me-** 104 **dikamente in Extremfällen**

105 Am 2.3.2017 stellte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) rechtskräftig und
106 letztinstanzlich die Pflicht des Staates fest, Bürgerinnen und Bürgern in Extrem-
107 fällen Zugang zu Betäubungsmitteln zu verschaffen, welche eine schmerzlose
108 Selbsttötung ermöglichen (BVerwG Urteil v. 2. März 2017, Az. 3 C 19.15). Damit
109 erkannte das BVerwG an, dass Betroffenen nicht das Aushalten sogenannter
110 Vernichtungsschmerzen zugemutet werden kann, sondern sich aus der Men-
111 schenwürde diese Schutzpflicht des Staates ableitet. In der Folge erklärte der da-
112 malige Bundesminister für Gesundheit Herrmann Gröhe, er werde „alles tun“ um
113 die Umsetzung dieses Urteils zu verhindern. Nach seinem Amtsantritt erklärte der
114 neuen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, auch er werde das Urteil nicht
115 umsetzen. Stattdessen wies Spahn einen ihm weisungsgebundenen Staatssekre-
116 tär und dieser das dem BMG unterstehende Bundesinstitut für Arzneimittel und
117 Medizinprodukte (BfArM) an jegliche auf das Urteil gestützte Anträge zu versa-
118 gen. In Folge dieser Anweisung wurden durch das BfArM seit 2017 deutlich über
119 100 gestellte Anträge gar nicht beschieden, nicht wenige davon haben sich
120 durch den zwischenzeitlich eingetretenen Tod der Patientinnen und Patienten er-
121 ledigt. Damit entzieht sich Bundesminister Spahn, sowie das BMG der Bindung

Seite 32

122 der Verwaltung an Gesetz und Recht aus Art. 20 GG. Zwischenzeitlich liegt auf-
123 grund dieses Verhaltens gegen Jens Spahn auch eine Strafanzeige durch den
124 Sterbehilfeverein DIGNITAS vor. Die durch das BMG und das BfArM praktizierte
125 Verzögerungstaktik und die Hoffnung die Fälle würden sich durch natürlichen Tod
126 oder das In Anspruch nehmen von Sterbehilfe beispielsweise in der Schweiz von
127 selbst erledigen verurteilen die Jungen Liberalen Berlin auf das aller schärfste.
128 Ein Merkmal eines Rechtsstaates ist die Trennung der Gewalten, sowie die Ach-
129 tung und der Respekt vor den Entscheidungen von Gerichten, unabhängig der
130 persönlichen politischen, religiösen oder juristischen Überzeugung. Menschen die
131 sich in einer absoluten Notlage befinden dürfen nicht zum Spielball der Politik
132 und persönlicher moralischer Ansichten konservativer Politiker werden. Die Jun-
133 gen Liberalen Berlin fordern den aktuellen Bundesminister für Gesundheit daher
134 eindringlich auf, das Urteil des BVerwG unverzüglich umzusetzen und die von
135 ihm erteilte Weisung, wonach entsprechende Anträge negativ zu bescheiden sei-
136 en auf zu heben. Weiterhin muss auf eine schnelle Bearbeitung der bereits be-
137 stehenden, sowie neuer Anträge hingewirkt werden, gerade unheilbar kranken
138 und unter Qualen leidenden Menschen darf dieser Zustand nicht weiter als unbe-
139 dingt notwendig zugemutet werden. Ein weiteres Zuwarten bis zum Vorliegen ei-
140 ner Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in mehreren anhängigen Ver-
141 fahren zur Verfassungskonformität des §217 StGB lehnen wir entschieden ab.
142 Hierdurch verlängert sich die Dauer der Hoffnung und des Bangens der Betroffen-
143 en weiter, es ist davon auszugehen, dass bis zu dieser Entscheidung weitere
144 Betroffene unter Qualen versterben und damit in ihrer Menschenwürde verletzt
145 werden.

146 Die Bundesregierung fordern wir dazu auf, einen umfassenden Gesetzesentwurf
147 vorzulegen, durch den das genannte Urteil schnellstmöglich umgesetzt und Wer-
148 tungswidersprüche des materiellen Rechtes korrigiert werden können.

Antrag 008

Betr.: Kein Zwangsticket für Berlin!

Antragsteller: Junge Liberale Steglitz-Zehlendorf

1 **Kein Zwangsticket für Berlin!**

2 Berlin steht für ein liberales Lebensgefühl wie kaum eine andere Stadt. Die Wer-
3 te von Toleranz und Vielfalt werden von den Berlinern leidenschaftlich gelebt. Es
4 ist daher nur folgerichtig, dass immer mehr Menschen Teil dieser florierenden
5 Metropole sein möchten. Dadurch entstehen neue Herausforderungen für das
6 Verkehrswesen: Um unser soziales Miteinander zu fördern und unsere Stadt
7 noch attraktiver zu gestalten, muss sich Berlin stärker vernetzen – gerade die
8 Außenbezirke würden von einer besseren Anbindung profitieren. Neben dem
9 Auto-, Rad- und Fußverkehr bedarf es hierfür auch eines leistungsfähigen und
10 überzeugenden öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Ein einseitiger Fokus
11 auf den preislichen Aspekt der Tarifbedingungen des ÖPNV kann hierbei keinen
12 konstruktiven Beitrag leisten. Die Möglichkeit zur freien Wahl des eigenen Ver-
13 kehrsmittels ist wichtige Voraussetzung für eine nachhaltig positive Entwicklung
14 unseres Verkehrsmixes. Die Idee eines sogenannten Bürgertickets, d.h. eines de
15 facto Pflichtabos für alle Berliner, lehnen wir daher strikt ab. Ziel muss es immer
16 sein, die Betriebskosten bestmöglich durch die tariflich festgesetzten Preise wie-
17 dereinzuspielen. Darüber hinaus braucht es:

- 18 • einen Ausbau der U- und S-Bahnlinien,
- 19 • die Einführung eines weitgehend durchgängigen Nachtverkehrs
- 20 • und eine Erhöhung der Zugtaktung.

Antrag 009

Betr.: Recht auf Anonymität auch auf Versammlungen - Vermummungsverbot abschaffen!

Antragsteller: JuLis Mitte

1 **Recht auf Anonymität auch auf Versammlun-** 2 **gen - Vermummungsverbot abschaffen!**

3 Wir Jungen Liberalen setzen uns dafür ein, dass jeder Bürger das Recht hat,
4 sich anonym im öffentlichen Raum zu bewegen. Das Recht der Versammlungs-
5 freiheit stellt dabei eines der fundamentalsten Freiheitsrechte im demokratischen
6 Gemeinwesen dar, von denen ein Bürger auch und gerade im öffentlichen Raum
7 Gebrauch machen kann. Die Versammlungsfreiheit genießt daher besonders her-
8 vorzuhebenden Schutz.

9 Anonymität ermöglicht es den Bürgern, für ihre legitimen Ideen und Ziele einzu-
10 stehen, ohne Konsequenzen von ihrem sozialen Umfeld, vom Arbeitgeber oder
11 vom Staat fürchten zu müssen. Wer solche Konsequenzen nämlich fürchten
12 muss, wird gehemmt oder gar abgeschreckt, überhaupt für diese einzustehen.

13 Jeder Bürger hat das Recht, sich anonym versammeln zu dürfen. Wie er diese
14 Anonymität wahrt, muss jedem Bürger selbst überlassen bleiben. Dazu zählt
15 auch das Recht, sich auf Versammlungen vermummen zu dürfen.

Antrag 010

Betr.: Gewalt ein Ende setzen – Hilfsangebote verbessern!

Antragsteller: JuLis Mitte

1 **Gewalt ein Ende setzen – Hilfsangebote ver-** 2 **bessern!**

3 Häusliche Gewalt ist in Deutschland ein alltägliches Phänomen. Jede vierte Frau
4 in Deutschland war laut einer Studie des Zentrums für Frauen und Geschlechter-
5 forschung der Universität Bielefeld im Auftrag des Bundesministeriums für Fami-
6 lie, Senioren, Frauen und Jugend, schon einmal Opfer von Gewalt. Ebenfalls
7 zeigt diese Studie auf, dass 82 Prozent der Opfer häuslicher Gewalt Frauen sind
8 [1]. Zu häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt bei männlichen Opfern liegen
9 dagegen kaum Studien vor.

10 Die Jungen Liberalen Berlin begrüßen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung
11 von NRW im Jahr 2018 hierzu eine Pilotstudie initiiert hat und fordern auch für
12 Berlin eine umfassende Erfassung häuslicher Gewalt im Hell- und Dunkelfeld un-
13 abhängig von Geschlecht des Täters oder des Opfers, in heterosexuellen wie ho-
14 mosexuellen Beziehungskonstellationen. Rollenklischees sind für das gesell-
15 schaftliche Klima hinderlich. Weibliche Opfer sehen sich immer noch mit über-
16 kommenen Vorstellungen von Unterordnung in Beziehungen konfrontiert. Trotz
17 der gesellschaftlichen Fortschritte, die in dieser Hinsicht gemacht wurden, sehen
18 sich männliche Opfer weiterhin mit Rollenbildern des „starken Mannes“ konfron-
19 tiert; das Eingeständnis, Gewalt von einer Frau erfahren zu haben, wird als
20 Schwäche ausgelegt oder Gewalterlebnisse bagatellisiert.

21 Hier bedarf es verstärkter gesellschaftlicher Sensibilisierung. Trotz diverser Hilfs-
22 angebote bleiben diese Taten oft unbemerkt, werden ignoriert oder einfach hin-
23 genommen. Dies mag zum einem der Tabuisierung dieses Themas liegen, zum
24 anderen sind viele Hilfsangebote in großen Teilen der Gesellschaft weitgehend
25 unbekannt, sodass es für viele Betroffene erscheint, als würden sie mit diesem
26 Thema allein gelassen werden und es gäbe keinen Ausweg. Zudem kommt,
27 dass viele Opfer aus Scham oder Angst auch mit engen Bekannten nicht über
28 das Erlebte sprechen wollen.

29 Um Frauen, welche Opfer von Gewalttaten geworden sind, rund um die Uhr ein
30 erreichbares Hilfeangebot zu schaffen, hat Deutschland seit März 2013 ein ge-
31 bührenfreies Hilfstelefon eingerichtet. Durch dieses erhalten Betroffene durch
32 qualifizierte Beraterinnen anonym kompetente Erstberatung und Unterstützung.
33 Außerdem kann auf weitere Betreuung sowie auf Unterstützungseinrichtungen
34 hingewiesen werden.

Seite 36

35 Allerdings ist auch dieses Hilfsangebot, trotz zahlreicher Kampagnen und Aktio-
36 nen weitgehend unbekannt. Um dies zu ändern und allen Betroffenen den Zu-
37 gang zu diesem Hilfsangebot zu ermöglichen, fordern die Jungen Liberalen Mitte
38 innerhalb Berlins dauerhafte Hinweise auf dieses sogenannte Hilfetelefon inklusiv
39 Verbreitung der Telefonnummer. Entsprechende Sticker sollen in allen öffentli-
40 chen Toiletten angebracht werden, da so die Verbreitung dieser Information in al-
41 len gesellschaftlichen Schichten am leichtesten und kostengünstigsten erreicht
42 werden kann. Auch für private Unternehmer sollen Sticker kostenfrei zur Verfü-
43 gung gestellt werden, damit diese auf freiwilliger Basis in ihren Räumlichkeiten
44 angebracht werden können. Auch in öffentlichen Gebäuden soll verstärkt hierauf
45 hingewiesen werden.

46 Aber auch Männer, welche Opfer von Gewalttaten werden, müssen ein entspre-
47 chendes Hilfsangebot erhalten. Besonders bei häuslicher oder sexueller Gewalt
48 gegen Männer ist ein noch größeres Tabuisieren, Verharmlosen oder Ignorieren
49 dieses Themas in der Gesellschaft zu beobachten als bei Gewalt gegen Frauen.
50 Hier fehlt es oft an Empathie und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Häusliche
51 Gewalt kennt aber kein Geschlecht, sondern kann in jeder häuslichen Beziehung
52 auftreten. Ebenfalls abseits öffentlicher Wahrnehmung liegt Gewalt in homosexu-
53 ellen Beziehungen. Auch hier bedarf es besonderer Sensibilisierung. Daher for-
54 dern die Jungen Liberalen Berlin die Erweiterung aller staatlichen Hilfsangebote,
55 inklusive des Hilfetelefons, auch für Männer, sowie eine grundsätzlich ge-
56 schlechtsneutrale Namensgebung dieser. Auch muss es ausreichend Kapazitäten
57 für Männerhäuser geben.

58 In gewaltgeprägten Beziehungskonstellationen in häuslicher Umgebung kommt es
59 regelmäßig vor, dass Straftaten angezeigt werden, die Anzeige dann aber auf
60 äußerlichen Druck oder nach einer (vermeintlichen) Versöhnung wieder zurück-
61 genommen wird. Aktuell sieht § 77d Abs. 1 Satz 3 StGB vor, dass ein zurückge-
62 nommener Strafantrag nicht wieder gestellt werden kann. Eine Strafverfolgung
63 ist für Körperverletzungen nach § 223 StGB dann nur noch unter der Bedingung
64 möglich, dass das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung bejaht wird, § 230
65 Abs. 1 Satz 1 StGB. Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Klarstellung, dass
66 bei Fällen häuslicher Gewalt ein solches öffentliches Interesse in der Regel be-
67 steht.

Begründung:

Quelle zu [1]:

<https://www.bmfsfj.de/blob/84328/0c83aab6e685eeddc01712109bcb02b0/langfassung-studie-frauen-teil-eins-data.pdf>

Im Übrigen: Erfolgt mündlich.

Antrag 011

Betr.: Bright Up the Streets

**Antragsteller: Junge Liberale Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln,
Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg**

1 Berlin gilt weltweit als Hotspot für Kunst. Das breite kulturelle Angebot, mit sei-
2 nen Museen und namenhaften Galerien zieht viele Menschen aus aller Welt an.
3 Diese vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft ist vielerorts bedroht. Auch aufgrund
4 von zu geringer Wertschätzung aus der Politik für Kulturschaffende und Galeris-
5 tinnen bzw. Galeristen ziehen sich immer mehr Akteure aus der kulturellen Land-
6 schaft Berlins zurück. Dies beobachten wir mit großer Sorge.

7 Das kulturelle Angebot beschränkt sich jedoch nicht nur auf Museen und räum-
8 lich geschlossene Galerien. Berlin ist darüber hinaus auch für seine vielfältigen
9 Subkulturen bekannt. Für uns Junge Liberale gehört insbesondere Street Art als
10 Ausdruck und Verwirklichung künstlerischer Freiheit ins Berliner Stadtbild. Des-
11 halb wollen wir eine Freiluftgalerie für Berlin schaffen. Durch gezielte Projekte
12 können graue Fassaden aufgewertet und Kieze gezielt attraktiver gestaltet wer-
13 den. Durch künstlerische Werke wird des Weiteren unästhetisches Graffiti prä-
14 ventiv verhindert. Zudem setzen wir auf Ge- statt Verbote und wollen mit neuen
15 Anreizen präventiv wirtschaftlichen Schäden entgegen wirken.

16 Deshalb fordern wir die Schaffung legaler Räume für mehr Street Art. Wir spre-
17 chen uns hierfür zunächst ausdrücklich dafür aus, geeignete Fassadenflächen im
18 öffentlichen Eigentum oder im Eigentum bundes- und landeseigener Unterneh-
19 men zur Gestaltung freizugeben. Wir sehen etwa Brücken, z.B. am Teltowkanal
20 oder Paul-Lincke-Ufer, Brandmauern, aber auch Fassaden an U- und S-Bahnhö-
21 fen als mögliche Flächen zur kreativen Gestaltung.

22 Zugleich wollen wir es erleichtern, Privateigentümern, die Fassadenflächen zur
23 künstlerischen Gestaltung freigeben möchten, mit der Street-Art-Szene zusam-
24 menzuführen. Die Kompetenz zur Koordinierung obliegt hierbei dem Bezirksamt.
25 Dieses hat zwischen Street Art-Szene, Eigentümern die bereit sind Flächen zu
26 Verfügung zu stellen, sowie der öffentlichen Verwaltung zu vermitteln. Ihm ob-
27 liegt zudem die Verwaltung der zu erarbeitenden Online-Katalogisierung sämtli-
28 cher freigegebenen Flächen.

29 Um der künstlerischen Szene Berlins gerecht zu werden und Bürgerinnen und
30 Bürger für die Gestaltung des öffentlichen Raums zu sensibilisieren, wollen wir
31 ein Angebot in Gestalt von Street Art Festivals schaffen. Hierin sehen wir die
32 Möglichkeit das wirtschaftliche Potenzial von Urban Art und Tourismus zu nutzen.

33 Zugleich ist für uns Junge Liberale aber auch klar, dass Räume für Street Art
34 auf der Freiwilligkeit der Eigentümer beruhen müssen. Die unbefugte Bearbeitung
35 von Fassadenflächen muss auch weiterhin untersagt bleiben und bei einem ent-

Seite 38

36 sprechenden Strafantrag des Eigentümers verfolgt werden; die Kunstfreiheit kann
37 hier keinen Freischein verschaffen.

Antrag 012

Betr.: Update Hermannplatz

Antragsteller: Junge Liberale Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln

1 Der Hermannplatz ist nicht nur die Schnittstelle zwischen zwei pulsierenden
2 Stadtteilen, Neukölln und Kreuzberg. Mit seinen umliegenden unzähligen Lokalitä-
3 ten und Geschäften aus aller Welt, seiner Geschichte und dem kulturellen Ange-
4 bot zieht er Touristen und Berlinerinnen und Berliner gleichermaßen an und ist
5 zudem ein infrastruktureller Drehpunkt für Kreuzkölln. Leider hat der Hermann-
6 platz historisch betrachtet jedoch an Glanz und Struktur verloren.

7 **Neubau Karstadt**

8 Am Hermannplatz stand einst das größte und modernsten Kaufhaus Europas.
9 Wir begrüßen die Bestrebungen des Eigentümers das 1945 zerstörte Kar-
10 stadt-Gebäude im Stil des Expressionismus wieder aufzubauen. Wir sehen darin
11 die Möglichkeit den Standort attraktiver zu gestalten und einen wirtschaftlichen
12 wie kulturellen Aufschwung zu verleihen. Durch einen Ort mit neuen kulturellen
13 wie wirtschaftlichen Angeboten können die umliegend ansässigen Unternehme-
14 rinnen und Unternehmer sowie die Gastronomie nur profitieren. Auch durch das
15 Angebot einer öffentlich zugänglichen Dachterrasse steigt die Attraktivität des
16 Kiezes. Daher fordern wir die Bezirke auf sich Gesprächen mit den Eigentümern
17 zu öffnen.

18 Das Projekt muss ein Erfolg für den gesamten Kiez darstellen. Deshalb begrüßen
19 wir die Absichten des Eigentümers gesellschaftliche und soziale Einrichtungen in
20 dem Bauvorhaben zu realisieren und halten ihn an seinen dahingehenden Zusa-
21 gen fest.

22 **Verkehr**

23 Die Jungen Liberalen stehen für Kompromisse statt ideologiebedingten Aus-
24 schluss im Straßenverkehrssystem. Der Gebrauch von Fahrrädern ist in den letz-
25 ten Jahren deutlich gestiegen. Daher sehen wir Handlungsbedarf Die gegenseiti-
26 ge Rücksichtnahme im Straßenverkehr gilt für uns als Grundlage zur Teilnahme
27 an diesem. Dennoch sehen wir eine eindeutige bauliche Trennung von Radwe-
28 gen und Fahrbahn, sowie Radweg und Fußgängerweg als erforderliche Maßna-
29 me. Daher fordern wir ein Pilotprojekt vom Hermannplatz ausgehend zwischen
30 Gneisenaustraße und Mehringdamm. In diesem sind die jeweils 2 Meter breiten
31 Radwege in beide Richtungen auf eine Straßenseite zu konzentrieren. Die bauli-
32 che Trennung von den anderen Verkehrswegen ist durch einen erhöhten Grün-
33 streifen umzusetzen. Der Radweg soll nach niederländischem Vorbild mit Solar-
34 panelen versehen werden.

35 Wie vielerorts im urbanen Bereich mangelt es rum um den Hermannplatz an
36 Parkraum. Daher sprechen wir uns für eine Parkraumbewirtschaftung aus. Zu-

Seite 40

37 dem fordern wir den Bezirk auf sich im Bauplanungsverfahren zum Neubau des
38 Karstadt-Gebäudes für ein Fahrradparkhaus einzusetzen.

39 **Begrünung**

40 Als hochfrequentiertes Drehkreuz des öffentlichen Personennahverkehrs und
41 dem generellen hohen Verkehrsaufkommen ist die Luftbelastung entsprechend
42 hoch. Eine umfangreiche Begrünung am Hermannplatz sehen wir nicht nur als
43 Maßnahme zur Gewinnung einer höheren Lebensqualität sondern einen erforder-
44 lichen Beitrag zum Schutz der Umwelt im urbanen Raum. Daher sind vom Bezirk
45 Anreize zur Vertikalbegrünung zu schaffen. Einen weiteren Ausgleich können zu-
46 dem City Trees leisten, welche zentral zu installieren sind.

47 Durch Begrünung der Dächer von Bushaltestellen sowie des U-Bahnhofs „Her-
48 mannplatz“ kann ohne großen wirtschaftlichen Aufwand neuer Lebensraum für
49 Flora und Fauna geschaffen und ein weiterer Beitrag zur Aufwertung der Le-
50 bensqualität geleistet werden.

Antrag 013

Betr.: Diskriminierung effektiv bekämpfen - Fronten nicht durch LADG verschärfen

Antragsteller: Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg

1 Die Gleichheit vor den staatlichen Gewalten ungeachtet der Hautfarbe, ethni-
2 schen Herkunft, Religion oder sexuellen Identität und Orientierung ist für uns
3 Junge Liberale ein grundlegendes Prinzip des Rechtsstaats und einer der Grund-
4 pfeiler unserer Demokratie.

5 Wir Junge Liberale stehen für eine diskriminierungsfreie und gleichberechtigte
6 Welt ein, ebenso wie für eine aktive Bekämpfung von institutionellem Rassismus,
7 überall dort, wo er vorhanden ist. Insbesondere setzen wir uns dabei für die Ab-
8 schaffung von Methoden wie Racial Profiling ein. Um dies zu erreichen, sprechen
9 wir uns auch für eine dauerhafte Aus- und Weiterbildung für Beamte des Landes
10 Berlin aus. Zudem müssen den Beamten arbeitswürdige Rahmenbedingungen
11 überall dort geschaffen werden, wo sie noch nicht vorhanden sind. Das vom
12 Berliner Senat verabschiedete Antidiskriminierungsgesetz erachten wir jedoch als
13 kritisch und kontraproduktiv.

14 §22 AGG regelt bundesweit die Beweislast im Fall einer gerügten Diskriminie-
15 rung. Sofern eine Diskriminierung gem. §1 AGG gerügt wird, muss der Rügende
16 Indizien für das Vorliegen besagter Diskriminierung liefern. Die andere Partei
17 trägt die Beweislast dafür, dass eben keine Diskriminierung vorliegt.

18 Das LADG hingegen kehrt die im Rechtsverkehr übliche Beweislast jedoch zu
19 Lasten der Polizei um und stellt diese hierdurch unter den Generalverdacht exis-
20 tierender Diskriminierungen bei der Ausführung ihrer Arbeit. Nicht nur ist durch
21 das LADG eine Klagewelle gegen Sicherheitskräfte zu befürchten, sondern auch
22 ein Hemmen der ordentlichen Ausführung ihrer Arbeit.

23 Deswegen fordern wir das Außerkrafttreten des LADG.

Antrag 014

Betr.: Obdach- und Wohnungslose in Zeiten von Corona nicht vergessen

Antragsteller: Junge Liberale Tempelhof-Schöneberg

1 Die Coronakrise hat starke Auswirkungen auf unsere gesamte Gesellschaft. Be-
2 sonders stark betroffen sind in Berlin jedoch die wohnungs- und obdachlosen
3 Menschen. Als Liberale sind wir überzeugt, dass gerade besonders verwundbare
4 Menschen im besonderen Fokus des staatlichen Krisenmanagements stehen
5 müssen.

6 Auch obdachlosen Menschen muss es möglich sein, sich vor einer Ansteckung
7 mit COVID-19 schützen zu können.

8 Nach Vorbild der Stadt San Francisco, USA, fordern wir das Land Berlin auf, ge-
9 sonderte Flächen auszuschreiben, welche konkret für den Schutz von woh-
10 nungs- und obdachlosen Menschen genutzt werden sollen. Die Flächen müssen
11 ausreichend groß sein, um jedem Schutzsuchenden einen sicheren Bereich zu-
12 weisen zu können, der die Abstandsregeln einhält. Zusätzlich sollen den Schutz-
13 suchenden Masken und Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt werden. Durch
14 mobile Sanitär- und Waschanlagen soll die Hygiene der Schutzsuchenden ge-
15 währleistet werden.

16 Mittelfristig fordern wir eine weitreichende Housing-First-Initiative, um Obdach-
17 und Wohnungslose wieder den Weg in geregelte Lebensverhältnisse zu ebnen
18 und eine sichere Bleibe zu verschaffen. Nach dem Housing-First-Prinzip bekom-
19 men Betroffene einen eigenen, unbefristeten Mietvertrag. Damit die Hou-
20 sing-First-Initiative erfolgreich verläuft und die Betroffenen wieder auf eigenen
21 Beinen stehen können, soll professionelle Betreuung angeboten werden. Im Falle
22 einer Randbebauung des Tempelhofer Feldes sollen Teile der neu entstehenden
23 Wohnanlagen für eine Housing-First-Initiative genutzt werden.

Antrag 015

Betr.: Corona - Exit-Strategie in die Freiheit

Antragsteller: LFA Europa, Bürgerrechte und Innen

1 **Corona - Exit-Strategie in die Freiheit**

2 Die durch den Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöste Pandemie führte weltweit zu
3 hunderttausenden Toten und infolge reaktiver und präventiver Maßnahmen zur
4 Eindämmung der Virusausbreitung und zu massiven Einschnitten in das tägliche
5 Leben aller Bürger. Durch eine späte, aber noch rechtzeitige Reaktion konnte die
6 Bundesregierung die Überlastung des deutschen Gesundheitssystems verhindern
7 und größere Opferzahlen durch COVID-19 abwenden. Daher waren die massiven
8 Grundrechtseingriffe zu Beginn angemessen, um die Pandemie zu kontrollieren
9 und Zeit zu gewinnen. Spätestens seit Mai 2020 zeichnete sich jedoch ab, dass
10 die Pandemie nicht durch diese Maßnahmen bezwungen werden kann. Zudem
11 sind die Eingriffe so gravierend, dass sie sich auf Dauer nicht mit einem freien,
12 demokratischen, rechtsstaatlichen System vereinen lassen.

13 Zusätzlich droht neben einer massiven Staatsverschuldung die Insolvenz von
14 zahlreichen Firmen, der Verlust von Arbeitsplätzen sowie von aufgebauten Exis-
15 tenzen. Ohne einen klaren Plan für die voraussichtlich noch länger anhaltende
16 Krise und einen Weg zurück in die Normalität droht ein Kollaps der Wirtschaft.
17 Dabei ist ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass der Plan von der
18 Gesellschaft verstanden, akzeptiert und vor allem mitgetragen wird. Gerade auf-
19 grund der zum Teil essenziellen Ängste in der Bevölkerung mag es sonst zu vie-
20 le Menschen geben, die im Versuch, die eigene Existenz zu retten, Regeln nicht
21 beachten und deswegen die Infektionsraten in der Bevölkerung wieder steigen.

22 **Ziele einer Exit-Strategie:**

23 Ein freiheitliches Leben ohne einschneidende Maßnahmen ist erst dann wieder
24 möglich, wenn entweder die Bevölkerung keine Erkrankten mehr aufweist, ein
25 massentauglicher Impfstoff vorliegt oder zumindest alle Erkrankten rechtzeitig er-
26 kannt und isoliert werden sowie deren Kontaktpersonen identifiziert und getestet
27 werden können. Zu diesem finalen Ziel führen zwei Wege, welche mit allen ver-
28 fügbaren Ressourcen verfolgt werden müssen.

29 1. Ein zugelassener und getesteter Impfstoff

30 Um möglichst zeitnahe einen Impfstoff zu finden, sollten alle nationalen For-
31 schungen in diesem Bereich koordiniert und subventioniert werden. Wenn dies
32 geschehen ist, muss eine Koordination auf EU-Ebene erfolgen. Als koordinieren-
33 de Stelle soll das „European Centre for Disease Prevention and Control“ (ECDC)
34 ausgebaut werden. Diese soll die drängendsten Forschungsfelder identifizieren,
35 Aufgaben gleichmäßig an alle Forschungseinrichtungen mit freigemachten Kapa-
36 zitäten verteilen und die Ergebnisse abgleichen. Zusätzlich soll das ECDC Emp-

Seite 44

37 fehlungen zur Pandemiebekämpfung für sämtliche Mitgliedsstaaten aussprechen
38 und die Aufsicht über die nationalen Gesundheitsbehörden führen können.

39 Wenn ein Impfstoff gefunden wird, dann muss jedem EU-Bürger der gleiche Zu-
40 gang zu diesem garantiert werden. Selbstverständlich sollen im Falle eines ge-
41 fundenen Impfstoffs die Ergebnisse mit allen Nationen geteilt werden, sodass die
42 Pandemie weltweit bezwungen werden kann.

43 2. Nationales Testen aller Freiwilligen in der gesamten Bevölkerung

44 Das Testen nur von Personen mit Symptomen und Personen, welche erwiese-
45 nermaßen Kontakt zu Infizierten hatten, führt zu einem falschen Lagebild und ei-
46 ner hohen Dunkelziffer an Erkrankten, welche die Krankheit weiterverbreiten. So-
47 bald ein großer Teil der Bevölkerung sich regelmäßig auf freiwilliger Basis testen
48 lässt, kann ein Identifizieren und Isolieren von infizierten Personen kombiniert mit
49 einer Rückverfolgung aller sozialen Kontakte der Infizierten zu einer Kontrolle der
50 Krankheit führen, was COVID-19 vollständig aus Deutschland verdrängen kann.
51 Diese nationalen Tests könnten beispielsweise durch aufzubauende Analysezen-
52 tren durchgeführt werden, welche neben PCR-Tests auch weitere Möglichkeiten
53 von Massentests in Erwägung ziehen sollen. Die massenhaften, symptomunab-
54 hängigen Tests sollen uns schnellstmöglich aus allen wirtschaftlichen und sozia-
55 len Beschränkungen herausführen, um möglichst bald wieder ein freiheitliches
56 Leben führen zu können.

57 **Der Weg dahin:**

58 Bis eines der Ziele erreicht wird, wird weiterhin mit einschneidenden Maßnahmen
59 gearbeitet werden müssen, um neue Krankheitswellen zu vermeiden. Die Maß-
60 nahmen sollen weiterhin vor allem föderal erfolgen, da aufgrund der unterschied-
61 lichen lokalen Situationen vor Ort wirksamer reagiert werden kann als durch ein-
62 nen einheitlichen Maßnahmenkatalog für das gesamte Bundesgebiet. Außerdem
63 besteht so die Chance, die Wirkung unterschiedlicher Maßnahmen zu messen
64 und zu bewerten, sodass bestmögliche Konzepte im Sinne eines "Best Practice"
65 schnell gefunden werden können.

66 Dennoch muss darauf geachtet werden, dass jederzeit die Dauer der eingesetz-
67 ten Maßnahmen abschätzbar und diese an nachvollziehbare Bedingungen ge-
68 knüpft bleibt. Einschneidende soziale und wirtschaftliche Maßnahmen sind einzu-
69 stellen, sobald sie nicht länger das mildeste gleich-effektive Mittel zur Zielerrei-
70 chung darstellen. Um die Dauer so kurz wie möglich zu halten, sollen krankheits-
71 freie Gebiete in allen Bundesländern identifiziert werden, in welchen sämtliche
72 Maßnahmen aufgehoben werden können. Um die Sicherheit vor dem Coronavi-
73 rus weiterhin garantieren zu können, sollen bis zum nationalen Ausbau der Test-
74 kapazitäten zumindest die Einreise in krankheitsfreie Gebiete durch Schnelltests
75 gesichert werden. Bundesländer ohne neue Erkrankte könnten so in ihrer Ge-
76 samtheit alle Maßnahmen zurücknehmen, wenn sie nur alle Einreisenden testen
77 und diese bis zum Ergebnis des Tests isolieren. Diese krankheitsfreien Gebiete
78 sollen bestmöglich mit allen benachbarten krankheitsfreien Gebieten grenzüber-
79 greifend zusammengelegt werden. Dies führt zu einer Auflösung aller unnötigen
80 Grenzen und schafft neue Testkapazitäten.

Seite 45

81 **Aus der Krise lernen:**

82 Trotz bestehender Pandemiepläne der Vergangenheit traf die Corona-Pandemie
83 Deutschland und viele andere Staaten überraschend. Damit sich dies nicht wie-
84 derholt, müssen institutionelle Frühwarnsysteme implementiert und auch von der
85 Regierung mit Ernst und angemessener Priorität gewürdigt werden. Dies betrifft
86 auch, aber nicht nur Ausnahmesituationen durch Infektionskrankheiten. Eine ro-
87 buste institutionelle Ausstattung kann verhindern, dass schwerwiegende, unvor-
88 hergesehene Ereignisse den Staat und seine Gesellschaft in Ausnahmesituatio-
89 nen hinein provozieren. Auch zeigt die Krise zahlreiche organisatorische
90 Schwachstellen, die es auch nach dem Ende der konkreten Pandemie zu lösen
91 gilt.

92 **Wir fordern daher:**

- 93 1. Eine regelmäßige Analyse und Evaluation staatlichen Handlungsbedarfs
94 durch Risikoquellen sowie die Entwicklung von Reaktionsplänen staatlicher
95 Akteure auf allen Ebenen. Dies beinhaltet nicht nur in regelmäßigen Ab-
96 ständen durchzuführende Risikoanalysen, sondern auch Stresstests für In-
97 stitutionen auf deren Grundlage. Es ist dabei essenziell, dass die Exekutive
98 auf allen föderalen Ebenen die Möglichkeit und Fähigkeit hat, koordiniert
99 und geordnet auf Extremsituationen zu reagieren, ohne dass dies in einen
100 institutionellen Ausnahmezustand mündet.
- 101 2. Die Digitalisierung erweist sich als entscheidende Chance in Extremsituatio-
102 nen und muss daher zwingend in alle institutionellen Bereiche vordringen.
103 Ziel muss stets die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit jeder Stelle sein.
104 Dies betrifft etwa Parlamente in Plenum und Ausschüssen, Gerichtsver-
105 handlungen, Regierungen, Parteien und sämtliche privatwirtschaftliche Gre-
106 mien, die Entscheidungen durch personelle Zusammenkünfte treffen. Auch
107 Wahlen müssen in Ausnahmefällen digital oder postalisch unter Wahrung
108 aller Sicherheitsstandards durchgeführt werden können, bis reguläre Wah-
109 len wieder möglich sind.
- 110 3. Die Schaffung eines speziellen Notstandsrechts für den Ausnahmezustand
111 lehnen wir strikt ab. Der Rechtsstaat kennt keine Ausnahme vom Rechts-
112 staat. Alle Bestrebungen müssen sich darauf fokussieren, die Institutionen
113 derart auszurüsten, dass Extremsituationen gerade keinen Ausnahmezu-
114 stand herbeiführen. Insbesondere lehnen wir die Ausweitung der Not-
115 standsverfassung im Grundgesetz und jede Form exekutiver Sonder- und
116 Ausnahmebefugnisse ab.
- 117 4. Auf Bundesebene muss ein Staatshaftungsgesetz eingeführt werden. Die-
118 ses soll rechtssicher regeln, nach welchen Maßstäben der Staat für Schä-
119 den durch rechtswidrige oder rechtmäßige Maßnahmen, die den Bürgern in
120 teilweise existenzieller Hinsicht entstehen, haftet. Nach den derzeitigen
121 bloß gewohnheits- und richterrechtlichen Maßstäben ist gerade in der Coro-
122 nakrise nicht klar, ob und in welchem Umfang Bürger Entschädigungen ver-
123 langen können. Festzulegende Maßstäbe müssen dabei auch Krisensitua-
124 tionen berücksichtigen und dem Staat klar vorgeben, unter welchen Rah-
125 menbedingungen der Staat handeln darf, ohne sich Haftungsrisiken auszu-

Seite 46

126
127

setzen bzw. das Haftungsrisiko auf die dem Recht unterworfenen Bürger abzuwälzen.

Antrag 016

Betr.: Durchstarten mit einer neuen Weltraumpolitik.

Antragsteller: Roman-Francesco Rogat, Timo Bergemann

1 **Durchstarten mit einer neuen Weltraumpolitik.**

2 Die Erkundung des Weltraums ist, wie die Raumfahrt, mehr als nur bloßes Stau-
3 nen und Spielfeld für Nerds, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Sci-
4 Fi-Fans. Die Raumfahrt ist schon lange Motor für technologische Entwicklung
5 und Innovationstreiber. Die Dimension Weltraum wird die Menschheit in Kürze
6 voll in ihren Alltag integrieren und nutzen. Von der künstlichen Intelligenz und
7 Machine Learning über autonomes Agieren sowie Robotik sind nahezu alle Tech-
8 nologiefelder sind in der Raumfahrt vertreten.

9 Die Erkundung des Weltraums bietet durch Forschung und Entwicklung neue
10 Technologien sowie die Gewinnung neuer Ressourcen. Auch in Hinblick auf die
11 zunehmende Weltbevölkerung und den fortschreitenden Klimawandel schafft die
12 Erkundung des extraterrestrischen Raums potentiell neue Möglichkeiten der Aus-
13 weitung des Lebensraumes des Menschen.

14 Damit ist die Erkundung des Weltalls auch eine Frage der Ansiedlung von Hoch-
15 technologie, der Gewährung internationaler Wettbewerbsfähigkeit, der Sicherstel-
16 lung von Jobs und ist dadurch von gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die Ab-
17 grenzung zwischen staatlichen und privaten Initiativen ist uns dabei jedoch wich-
18 tig. Die Jungen Liberalen sehen dabei vor allem die private Raumfahrt als beste
19 Möglichkeit zur Erkundung des Weltalls, da sie effizienter, schneller und kosten-
20 günstiger betrieben werden kann. Der Staat sollte ergänzend hierzu in den Berei-
21 chen aktiv werden, die von privaten Unternehmen nicht abgedeckt werden kön-
22 nen. Hierzu zählen aus unserer Sicht vor allem die Bereitstellung eines geeigne-
23 ten Rechtsrahmens und das vorantreiben von Grundlagenforschung an den Uni-
24 versitäten und Hochschulen.

25 **Ein neuer Rechtsrahmen für neue Welten**

26 Ein wesentlicher Bestandteil der Regelung des Umgangs mit dem Weltall ist der
27 internationale Weltraumvertrag von 1967. Dieser sichert den Frieden im Welt-
28 raum und klärt die Nutzung von Himmelskörpern. Dieser Vertrag braucht nach all
29 den Jahren aber dringend ein Update. Wesentlicher Bestandteil muss weiterhin
30 im Sinne der Friedenswahrung im Weltraum das Kernwaffenverbot bleiben sowie
31 ein Verbot von Abschüssen von Satelliten. Die internationalen Regeln durch ein-
32 nen Weltraumvertrag 2.0 können und sollen durch nationale bzw. Europäische
33 Regelungen noch weiter ergänzt werden. Wir Jungen Liberalen Berlin fordern
34 daher ein eigenes deutsches Weltraumgesetz, das den Rechtsrahmen für die
35 kommerzielle Raumfahrt absteckt, um Rechtsunsicherheit und daraus resultieren-
36 de Investitions- und Innovationshemmnisse abzubauen.

Seite 48

37 *Eigentumsrechte klären*

38 Auch weiterhin soll kein Himmelskörper im Eigentum einer einzelnen Nation oder
39 Privatperson stehen dürfen, sondern immer der gesamten Menschheit zustehen.
40 Um den Weltraum aber wirtschaftlich und für die Forschung besser nutzbar zu
41 machen, ist es wichtig exklusive Nutzungsrechte für Himmelskörper oder Teile
42 von Himmelskörpern zu vergeben. Diese Vergabe soll durch eine bei der UNO
43 angesiedelten internationalen Organisation an einzelne Nationen erfolgen und
44 über ein Ausschreibungsverfahren laufen. Neben den internationalen Regeln,
45 brauchen wir auch weitere nationale Regularien, die insbesondere die Eigen-
46 tumsverhältnisse genauer definieren und dadurch Weltraumberbau ermöglichen.
47 Damit Unternehmen rechtssicher Rohstoffe abbauen können müssen daher die
48 Voraussetzungen für den Abbau und das Eigentum an den abgebauten Rohstof-
49 fen festgelegt werden.

50 *Weltraumfreiheitszonen einrichten*

51 Wir setzen uns für die Einführung von Weltraumfreiheitszonen in Kooperation
52 mit Brandenburg ein. Dort sollen NewSpace Gründerinnen und Gründer einfach
53 und unbürokratisch ihr Unternehmen gründen können, indem sie mit direkter Hilfe
54 von Beratern vor Ort unterstützt werden und von bürokratischen Pflichten soweit
55 wie möglich befreit werden. Diese Zonen sollen auch infrastrukturell auf der Hö-
56 he der Zeit erschlossen sein. Für flächenextensive Unternehmen im Bereich „Sa-
57 tellite Launch“ sind unbürokratisch ausreichend Flächen zur Verfügung zu stel-
58 len. Ergänzend dazu wollen wir prüfen, ob ein Weltraumbahnhof in Deutschland
59 für Micro-Launcher möglich ist. NewSpace Unternehmen sollen in den ersten
60 Jahren auch weitgehende steuerliche Freiheiten erhalten.

61 *Haftungsgrenzen für Raumfahrtunternehmen*

62 Versicherungen sind für NewSpace Unternehmen aufgrund möglicher Schäden,
63 etwa durch den Absturz von Satelliten, nicht finanzierbar. Um die Entwicklung
64 neuer Schlüsseltechnologien zu unterstützen müssen daher Haftungsgrenzen
65 eingeführt werden.

66 *Verkehrsregeln im All*

67 Mehr als 1000 Satelliten umkreisen unseren Planeten. Um Zwischenfälle zu ver-
68 meiden ist es daher unumgänglich, dass internationale Verkehrsregel für Satelli-
69 ten eingeführt werden. Dabei muss insbesondere auch geklärt werden, wie bei
70 weiterer Verdichtung die möglichen Umlaufbahnen zwischen den Betreibern der
71 Satelliten aufgeteilt werden können.

72 **Europäischen Zugang schaffen**

73 USA, Russland, China und Indien haben eigene Zugänge zum All. Daher muss
74 die Europäische Union nachziehen um international wettbewerbsfähig zu bleiben
75 und bei eigenen Projekten und Missionen nicht auf andere Staaten angewiesen
76 zu sein. Dafür soll das Raumfahrtzentrum Guayana entsprechend weiterentwi-

Seite 49

77 ckelt und direkt der ESA unterstellt werden. Auch privaten Unternehmen wollen
78 wir die Möglichkeit geben dort Starts durchzuführen. Außerdem benötigt es einen
79 eigenen Europäischen Hersteller von Kapseln, damit weitere Redundanzen zu
80 Sojus und Crew Dragon geschaffen werden kann und der Wettbewerb um die
81 besten Technologien angekurbelt wird.

82 Weltraumforschung vorantreiben

83 Wir wollen in Europa mehr in Weltraumforschung und die European Space
84 Agency (ESA) investieren. Während die NASA 20 Milliarden US Dollar zur Ver-
85 fügung hat, kommt die ESA auf nur knapp über 5 Milliarden Euro. Wir brauchen
86 eine dauerhafte, planbare und ausreichende Finanzierung der ESA. Als ersten
87 Schritt soll Deutschland seine Mittel für die ESA aufstocken und in den Finanzi-
88 rungsrunden alle Partner auffordern dies ebenfalls zu tun. Ebenso muss die Eu-
89 ropäische Union in ihrem Haushalt mehr Mittel für die ESA bereitstellen. Unser
90 Ziel ist es, dass die ESA finanziell mit der NASA mithalten kann. Außerdem müs-
91 sen jetzt die Weichen gestellt werden für ein Nachfolgeprogramm der ISS. Berlin
92 und die Europäische Union müssen sich hier proaktiv einbringen.

93 Zudem setzen wir uns für eine Ausweitung der Grundlagenforschung ein. Hierfür
94 muss das Institut für Luft- und Raumfahrt an der TU Berlin gestärkt werden. Die
95 Technische Universität ist bereits jetzt die Universität mit den meisten Satelliten
96 im Orbit weltweit. Daher wollen wir das Raumfahrtcluster Berlin in ein ganzheitli-
97 ches, interdisziplinäres, regionales Kompetenzzentrum für Raumfahrttechnologien
98 und -anwendungen zu einem weltweit noch sichtbareren Innovationscampus wei-
99 terentwickeln.

100 Die Zusammenarbeit zwischen Forschung und privatem Sektor ist für die Jungen
101 Liberalen besonders wichtig. Daher sehen wir vor allem Standorte geeignet, an
102 denen man zusammen mit ansässigen Luft- und Raumfahrtunternehmen for-
103 schen kann. Zudem wollen die Jungen Liberalen Berlin auch im Bereich Nach-
104 haltigkeit in der Raumfahrt Forschungsprojekte anstoßen.

105 Die deutsche Raumfahrtindustrie braucht eine eigene Satellitenstation, auf dem
106 kleine, mittlere und große Raumfahrtzulieferer ihre Komponenten testen können
107 um ihre hochwertige Technologie erproben und als „flugtauglich“ zertifizieren
108 können. Nur mit schneller und regelmäßiger Qualifikation von Innovation kommen
109 wir auf dem wirtschaftlich vielversprechenden New-Space-Markt voran.

110 Unterstützung des privaten Sektors

111 Der Weltraum entwickelt sich zudem mehr und mehr vom Forschungsraum zum
112 Wirtschaftsraum. Nachdem die Raumfahrt zu Beginn aus Kostengründen eine
113 ausschließlich staatlich orchestrierte Wirtschaft war, wird das Weltall mittlerweile
114 zunehmend von privaten Unternehmen befahren. Immer mehr private Unterneh-
115 men entstehen in der NewSpace Economy. Wir wollen diese Unternehmen un-
116 terstützen und ihnen die besten Startvoraussetzungen und Rahmenbedingungen
117 für ihre Aktivitäten in Deutschland bieten. Die voranschreitende Kommerzialisie-
118 rung der Raumfahrt ist daher ein wichtiger Schritt und ähnlich wie bei der Luft-

Seite 50

119 fahrt zu begrüßen. Wichtig ist, dass Produkte von privaten Anbietern dabei stets
120 im Einklang und unter Aufsicht der ESA entwickelt und produziert werden, so
121 dass mehr Verantwortung auf Unternehmen übertragen wird statt Mirkomanage-
122 ment vom Staat zu betrieben.

123 **Wagniskapital ermöglichen**

124 Auch deutsche Unternehmen müssen künftig von Wagniskapital in der Raum-
125 fahrtbranche profitieren. Hierfür fordern die Jungen Liberalen Berlin die Einfüh-
126 rung eines Venture-Capital Gesetz, in dem u.a. die Möglichkeit der steuerlichen
127 Abschreibung von Wagniskapitalverlusten, die steuerliche Gleichstellung von Ei-
128 genkapital- zu Fremdkapitalfinanzierung und der Erhalt von Verlustvorträgen ge-
129 regelt wird. Ebenso ist die Ausweitung von KfW Darlehen und ungebundenen Fi-
130 nanzkrediten auf die NewSpace Branche notwendig, wie auch die Etablierung ei-
131 nes eigenen Börsensegments, auf dem Aktien von NewSpace Unternehmen ge-
132 handelt werden können.

133 **Vermeidung von Weltraumschrott**

134 Zur Vermeidung von Weltraumschrott müssen alle Beteiligten in die Pflicht ge-
135 nommen werden. Hierfür wollen die Jungen Liberalen Berlin zukünftig einen
136 Space-Debris-Trade-System (kurz SDTS) einführen, wonach man für jeden Kilo-
137 gramm Müll im Weltall einen Vermüllungsschein benötigt. Um den Weltraum-
138 schrott zu begrenzen soll eine maximal zulässige Weltraumvermüllung festgelegt
139 werden. Dieser Deckel muss sich danach bemessen, was Wissenschaftler und
140 Ingenieure als eine zulässige Höchstmenge für ein immer noch kontrollierbares
141 Risiko für Kollisionen mit dem Müll ansehen. Das SDTS Zertifikat muss dabei be-
142 reits beim Starten der Satelliten bereitgehalten werden, um so den potentiellen
143 Müll jeder Zeit abdecken zu können. Wird Weltraummüll abtransportiert werden
144 in gleicher Menge neue Zertifikate für den Müllbeseitiger geschaffen. Zertifikate
145 und die Entwicklung von neuen Produkten zur Beseitigung von Weltraumschrott
146 reichen schon jetzt nicht aus. Weltraummüll muss daher durchgehend analysiert
147 und katalogisiert werden und ein Weltraumlagebild geschaffen werden. So kann
148 schon jetzt Schutz für Mensch und Technik geschaffen werden.

149 **Zurück zum Mond mit dem Weltraumlift**

150 Der Mond rückt wieder immer mehr in den Fokus von Raumfahrtprogrammen, da
151 er potenziell eine Zwischenstation zum Mars darstellen kann. Europa und
152 Deutschland müssen sich daher bei Projekten wie Lunar Gateway aktiv einzu-
153 bringen. Ziel sollte es dennoch sein, dass die ESA die Möglichkeiten schafft sel-
154 ber Menschen zum Mond und in seine Umlaufbahn zu bringen.

155 Ein Weltraumfahrstuhl ist eine wirtschaftlich und ökologisch extrem effektive Me-
156 thode um Objekte in die Erdumlaufbahn zu bringen. Die Errichtung eines solchen
157 darf deswegen keine Zukunftsmusik mehr sein und sollte konkret mit Plänen
158 durch die ESA unterfüttert werden.

Antrag 017

Betr.: Aufarbeitung der Geschichte von LDPD und NDPD

Antragsteller: Timo Bergemann

1 **Aufarbeitung der Geschichte von LDPD und** 2 **NDPD**

3 Dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands herrscht vielfach ein
4 verklärtes Verhältnis zur DDR und ihren staatlichen Handlungen, Akteuren und
5 Institutionen. Insbesondere die Rolle der Blockparteien LDPD und NDPD sind
6 aufgrund unzureichender Forschung und mangelnder historischer Aufarbeitung
7 weiterhin unklar oder werden (un)bewusst missinterpretiert.

8 Wir Jungen Liberalen fordern daher die FDP auf, sich ihrer geschichtlichen Ver-
9 antwortung zu stellen und die Rolle der LDPD und NDPD in der DDR und nach
10 deren Übergang in die FDP aufzuarbeiten. Dafür muss eine unabhängige Histori-
11 kerkommission aus Wissenschaftlern und Zeitzeugen eingesetzt werden, die sich
12 mit der Geschichte der LDPD und der NDPD zwischen 1945 und 1990 sowie
13 dem Übergang der Parteien bzw. ihrer Mitglieder in die FDP auseinandersetzt.
14 Insbesondere muss dabei die programmatische und personelle Unterstützung der
15 Parteien für die SED und die DDR und die programmatische und personelle Kon-
16 tinuität beim Übergang der Parteien oder ihrer Strukturen in die FDP untersucht
17 werden.

18 Ebenso muss geklärt werden, in welchem Umfang eine Zusammenarbeit mit
19 dem Ministerium für Staatssicherheit durch die Parteien oder ihre Mitglieder be-
20 stand und in wie weit die Parteien oder ihre Mitglieder die Stabilität oder den
21 Fortbestand der DDR unterstützt haben.

22 Die Ergebnisse der Kommission sollen zusammengefasst und veröffentlicht wer-
23 den.

Antrag SÄ001

Betr.: Digitaler Landeskongress

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landeskongress möge beschließen:

Die Satzung der Jungen Liberalen Berlin wird um folgende Punkte ergänzt:

1. § 9 Abs. 1 Satz 4:

Die Aufgaben des Satzes 3 können nicht vom digitalen Landeskongress nach § 9a übernommen werden.

2. § 9a Digitaler Landeskongress

(1) Neben dem Landeskongress gemäß § 9 kann ein mittels alternativer Formen der Echtzeitkommunikation durchzuführender Landeskongress (Digitaler Landeskongress) einberufen werden.

(2) Der digitale Landeskongress findet auf Beschluss des Landesvorstandes statt. Darüber hinaus muss der Kongress innerhalb von vier Wochen einberufen werden:

(a) auf Antrag von vier Bezirksverbänden oder

(b) auf Antrag von 50 Mitgliedern; bei einer Mitgliederzahl von weniger als 200 auf Antrag von 25 % der Mitglieder.

(3) § 9 Absatz 4, 5, 9, 9a, 9b und 11 gelten entsprechend. Absatz 7 gilt mit der Maßgabe, dass die Stimmberechtigungen im Vorfeld des digitalen Landeskongresses festzustellen sind. Dafür informiert der Landesschatzmeister bis 14 Tage vor Beginn des digitalen Landeskongresses die entsprechenden Mitglieder ohne Stimmberechtigung und teilt Ihnen mit wie die Stimmberechtigung wiederhergestellt werden kann. Der Nachweis über die Herstellung der Stimmberechtigung muss dem Landesschatzmeister zugänglich gemacht werden.

(4)

Alternative 1:

Geheime Abstimmungen sind unzulässig.

Alternative 2:

Abstimmungen sind generell offen. Soweit geheime Abstimmungen technisch umsetzbar sind, sind sie, mit Ausnahme von Geschäftsordnungsanträgen, auf Verlangen von 10 % der anwesenden Mitglieder durchzuführen. Der Landesvorstand stellt zu Beginn des digitalen Landeskongresses die Möglichkeit der Durchführung von geheimen Abstimmungen fest. Diese Feststellung ist abschließend.

Seite 53

Im Falle der Feststellung, dass geheime Abstimmungen technisch nicht umsetzbar sind, können Anträge auf Verlangen von einem Drittel der anwesenden Mitglieder auf den nächsten Landeskongress nach § 9 vertagt werden.

(5) Der Landesvorstand schafft die für die satzungs- und geschäftsordnungskonforme Durchführung des digitalen Landeskongresses erforderlichen technischen und sonstigen Voraussetzungen. Hierzu gehören insbesondere die datenschutzrechtliche Konformität sowie der Ausschluss von Manipulationen nach dem Stand der Technik.

**VERWIESENE ANTRÄGE
WATCHLIST**

Antragstitel	Verwiesen An	Stand	Landeskongress	Vom LFA beraten?
Gigantischen Bundestag verhindern, Wahlrechtsreform jetzt!	LFA – Europa, Bürgerrechte und Innen	Offen	2. Lako 2019	Ja
Nein heißt immer noch Nein!	LFA – Europa, Bürgerrechte und Innen	Offen	2. Lako 2019	Unbekannt
Autonomes Fahren braucht Regeln!	LFA – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	2. LaKo 2019	Ja
Abschleppen privatisieren	LFA – Europa, Bürgerrechte und Innen	Offen	2. Lako 2019	Unbekannt
Berliner Parks online nehmen	LFA – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	2. Lako 2019	Ja
U1 bis Schmargendorf verlängern	LFA – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	3. Lako 2019	Ja
Ein Parlament der Profis, aber kein Volkskongress	LFA – Europa, Bürgerrechte und Innen	Offen	3. Lako 2019	Nein
Kinderwunsch unabhängig vom Alter	eLaVo	Offen	3. Lako 2019	Nein
E-Prämie auf E-Bikes und E-Pedelecs erweitern	LFA – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	3. Lako 2019	Ja
Damit dir nicht die Luft ausgeht	LFA – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	3. Lako 2019	Ja
Verkehrsdaten freigeben!	LFA – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	3. Lako 2019	Ja
Freiheit verwirkt nicht – Streichung des Art. 18 GG	LFA – Europa, Bürgerrechte und Innen	Offen	3. Lako 2019	Nein
Kostenheranziehung bei Heim- und Pflegekindern abschaffen	eLaVo	Offen	3. Lako 2019	Nein
Absteigen war gestern! Trittbretter für Berlin	LFA – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	3. Lako 2019	Ja
Liberaler Reformvorschläge von heute für eine Tarifautonomie von morgen	eLaVo	Offen	3. Lako 2019	Nein
Don't touch my Krankenkassenbeitrag	LFA – Soziales, Arbeit und Wirtschaft	Offen	3. Lako 2019	Ja
Barrierefreier IT-Zugang in Berlin	LFA – Soziales, Arbeit und Wirtschaft	Offen	3. Lako 2019	Nein
Prime-Time für Suchtprobleme	LFA – Soziales, Arbeit und Wirtschaft	Offen	3. Lako 2019	Ja
Die Berliner Kitas zukunftsfest und attraktiv gestalten	LFA – Bildung und Digitales	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Freiheit ist keine Verhandlungssache – Standhaft für Menschenrechte	LFA – Europa, Bürgerrechte Innen	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Freie Museen für freie Bürger!	LFA – Europa, Bürgerrechte Innen	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Tag der Befreiung würdigen, 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen!	LFA – Europa, Bürgerrechte Innen	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Predictive Policing in der Wurzel verhindern	LFA – Europa, Bürgerrechte Innen	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Tachobetrüger das Handwerk legen	LFA – Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	1. LaKo 2020	Nein

**VERWIESENE ANTRÄGE
WATCHLIST**

Antragstitel	Verwiesen An	Stand	Landeskongress	Vom LFA beraten?
Weg mit dem Scheiß - wohn doch wo Du willst!	LFA - Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Für mehr Alltag im Schulalltag	eLaVo	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Gesundheitsrisiko Werbung	LFA - Europa, Bürgerrechte und Innen	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Globukalypse Now!	eLaVo	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Studier' doch wo Du willst!	eLaVo	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Keine Großkraftwerke ist auch keine Lösung	Landeskongress	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Wettbewerbsnachteil beheben - Lehrerberuf in Berlin attraktiver gestalten	Landeskongress	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Berliner Bildung ein Update verpassen	Landeskongress	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Gott ist tot! - Für eine säkulare und weltanschaulich neutrale Gesellschaft	Landeskongress via LFA EBI	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Austritt der Türkei aus der NATO	Landeskongress	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Kreuzchen setzen: Organspender sein!	Landeskongress	Offen	1. LaKo 2020	Nein
Selbstbestimmt in wirklich allen Lebenslagen	Landeskongress	Offen	1. LaKo 2020	Nein

Kandidatenbrief zum Beisitzer im Landesvorstand

Alex Bijok

Liebe Berliner JuLis,

sehr gerne möchte ich auf dem Landeskongress zum Beisitzer im Landesvorstand der JuLis Berlin kandidieren.

Bereits in den vergangenen zwei Jahren habe ich mich auf unterschiedliche Art und Weise bei den JuLis engagiert: einerseits im Bezirksverband Berlin-Mitte als Programmierer, im Landesfachausschuss für Europa, Bürgerrechte und Inneres sowie als JuLi-Vetreter in



Bundesfachausschüssen der FDP. Ich bin 25 Jahre alt, Jurist und derzeit im Referendariat. Während meiner Promotion im Datenschutzrecht war ich zudem Mitarbeiter in der FDP-Bundestagsfraktion. Parallel dazu habe ich am Lehrstuhl meines Doktorvaters an einem datenschutz- und wettbewerbsrechtlichen Forschungsprojekt gearbeitet.

Durch diese Tätigkeiten und meinen Hintergrund habe ich ein großes Interesse an bürgerrechtlichen Themen, Digitalisierung, Verbraucherschutz, Wettbewerbspolitik und weiteren Bereichen gewonnen, dass ich gerne und überzeugt in die Debatten bei den JuLis einbringe. Diejenigen unter euch, die mich schon kennen, wissen, dass ich das auch stets mit größter Freude mache. Das möchte ich sehr gerne fortsetzen und weiter intensivieren! Schließlich geht es bei uns ja darum, Positionen zu finden, stetig zu überprüfen und an ihnen zu feilen, um unsere liberalen Ideen von der Sozial- bis zur Wirtschaftspolitik in die Bundes-JuLis und die FDP zu tragen. Die einzige Grenze unserer Ideen ist die Überzeugungskraft unserer Argumente.

Als Jugendorganisation, die den Anspruch erhebt, „Stachel im Fleisch“ der FDP zu sein, leben wir aber von nichts mehr als der intensiven Debatte vieler Menschen, die für das Politische brennen. Je vielfältiger wir sind, je engagierter und zahlreicher wir miteinander und mit unseren politischen Konkurrenten anderer Parteien um das beste Argument streiten, desto besser. Mir ist es daher ebenso ein wichtiges Anliegen, dass wir junge Menschen für uns gewinnen, sie zum Engagement motivieren und aus einem

„Ihr“ ein „Wir“ machen. Das ist wichtiger denn je, wenn der politische Liberalismus unter Druck steht.

Jeder Liberale in unserem Verband soll sich daher heimisch fühlen – sowohl willkommen als Person als auch mit seinen Überzeugungen. Als Ansprechpartner für Interessierte und JuLi-Mitglieder durfte ich mich bereits in den vergangenen Monaten hierfür einsetzen. Ihr wisst, dass ihr mich daher jederzeit gerne unter der E-Mail alexander.bijok@julis.de kontaktieren könnt, falls ihr Fragen oder Anliegen habt. Auch unter der Telefonnummer 0160 8145 495 könnt ihr mich erreichen.

In jedem Fall freue ich mich, euch auf dem anstehenden Landeskongress – wenn auch unter ungewöhnlichen Bedingungen aufgrund der Corona-Pandemie – zu sehen. Umso größer ist meine Freude natürlich, wenn ihr mir euer Vertrauen für den Landesvorstand als Beisitzer gebt.

Viele Grüße, bleibt gesund und bis demnächst

Alex